



Das Sparpaket der Bundesregierung ist der größte Angriff auf unsere sozialen Errungenschaften in der Nachkriegszeit: Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Einschränkung des Kündigungsschutzes, Abschaffung des Zuschusses für Zahnersatz und vieles mehr. Die nächsten Pakete sind schon in Vorbereitung: Erhöhung der Rentenbeiträge, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Kürzungen bei AB-Maßnahmen.

Die bisherigen Gegenwehr-Aktionen haben wenig bewirkt.

**Aron Amm, Berlin**

Es führt kein Weg daran vorbei: Um ernsthaften Widerstand zu organisieren und diese Politik samt Regierung zu Fall zu bringen, muß ein Generalstreik her.

Wenn Kohl und Kapital dieses Sparpaket mehr oder weniger reibungslos über die Bühne kriegen, werden weitere folgen. Dies wäre eine schwere Nieder-

lage für Arbeitnehmer und Arbeitslose.

Obwohl von Seiten der DGB-Führung immer wieder betont wurde, der Sozialstaat müsse verteidigt werden, schwer erkämpfte Errungenschaften wie die Lohnfortzahlung würden nicht kampflös aufgegeben, "der Marsch in eine andere Republik" müsse gestoppt wer-

**Die Kampfbereitschaft an der Basis wäre viel größer, wenn alle wüßten, daß sie nicht kleckern und stundenweise zu Warnstreiks oder zu Samstagsdemos herausgerufen würden, sondern alle gemeinsam am selben Tag zum Generalstreik.**

den, war das alles bisher folgenloses Geschwätz.

Nach der Großdemonstration mit über 350.000 am 15. Juni in Bonn wäre eine Steigerung hin zu massiven politischen Streiks, und schließlich zu ei-

nem eintägigen Generalstreik möglich und nötig gewesen, z.B. an den Tagen der parlamentarischen Beratung im Bundestag (Ende Juni und Mitte September). Doch die Gewerkschaftsführungen hatten Angst vor der eigenen Courage (siehe Artikel zu einem Papier des DGB-Bundesvorstands auf Seite 5).

Die Kampfbereitschaft der KollegInnen hat sich bei den verschiedensten Demos und Aktionen in diesem Jahr gezeigt. Aber regionale Demos am Samstag und demnächst womöglich noch verstreutere

Aktionen wirken eher demobilisierend. Sie locken immer weniger Kollegen hinter dem Ofen hervor, die den mangelnden Ernst hinter solchen Pseudo-Aktionen spüren, und jagen auch niemandem einen Schrecken ein.

Die Kampfbereitschaft an der Basis wäre noch größer, wenn alle wüßten, daß sie nicht kleckern und stundenweise zu Warnstreiks oder zu Samstagsdemos herausgerufen würden, sondern alle gemeinsam am selben Tag zum Generalstreik.

Von selbst wird die DGB-Führung keine Schritte in diese Richtung tun. Also können wir nicht darauf warten, sondern müssen Druck organisieren. Auch die Streikbewegung im Frankreich im letzten Winter ist nicht von oben, sondern von unten ausgelöst worden.

Gewerkschaften wie die GHK (Gewerkschaft Holz-Kunststoff) oder Landesverbände anderer Einzelgewerkschaften sollten sich nicht darauf beschränken, den DGB zu „generalstreikähnlichen“ Aktionen aufzufordern. Wenn dies nicht geschieht, kann man auch

- ⇒ 1% aller Deutschen besitzen 2.200 Milliarden DM Geldvermögen, zehnmal mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen
- ⇒ Letztes Jahr stiegen die Unternehmergewinne netto um 12%, die Realeinkommen der Erwerbstätigen fielen um 1,5%
- ⇒ Von 1983 bis 1995 ist der Anteil der Unternehmersteuern an den gesamten Steuereinnahmen von 13,1% auf 5,7% gesunken
- ⇒ 8 Milliarden DM werden den Reichen durch Abschaffung der Vermögenssteuern geschenkt

selbst anfangen: durch 24stündige Warnstreiks im eigenen Organisationsbereich. Damit könnte Druck auch auf andere Gewerkschaftsführungen ausgeübt werden.

Auch betriebliche Vertrauenskörper und örtliche Gewerkschaften können versuchen, von unten Druck zu entfalten und lokale Streiks zu organisieren.

Ein ernsthafter Kampf könnte auch die Kohlregierung ins Wanken bringen. Diese Regierung muß weg. Doch was kommt danach? Mit der heutigen SPD sähe unsere Lage nicht viel besser aus. Sie betreibt selbst unternehmerfreundliche Sparpolitik in Ländern und Kommunen, darüber täuschen auch markige Worte im Bundesrat nicht hinweg.

In Hamburg beschließt die SPD den verschärften Arbeitszwang für Sozialhilfeempfänger, über die Lohnfortzahlung für Beamte will man mit sich reden lassen, und für die Senkung des Spitzensteuersatzes ist sie mittlerweile auch.

Es gibt keine Partei mehr, die ohne Wenn und Aber die Interessen der Masse der Bevölkerung, der Arbeitnehmer, Arbeitslosen und sozial Benachteiligten vertritt.

Sparpaket und Massenarbeitslosigkeit sind Symptome für das Versagen des kapitalistischen Systems, das uns keine Zukunft mehr zu bieten hat.

Der Aufbau einer neuen sozialistischen Arbeiterpartei ist notwendig geworden. Die SAV will dazu einen Beitrag leisten.

★ Für einen 24-stündigen Generalstreik

★ Die Kohlregierung muß weg

★ Für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei

unser standpunkt

# Kindesmißbrauch - furchtbar alltäglich

Jährlich werden mindestens 18.000 Kinder sexuell mißbraucht. Wegen der hohen Dunkelziffer liegt die tatsächliche Zahl irgendwo jenseits der 100.000. Der Skandal ist so furchtbar wie alltäglich. Wie sind diese abscheulichen Verbrechen zu verhindern?

Betrachtet man die niedrigen Strafen, die wenigen Verurteilungen und den lächerlich geringen Aufwand im Kampf gegen diese Verbrechen bleibt nur der Schluß: Staat und Regierung haben gar nicht ernsthaft die Absicht, die wehrlosesten Mitglieder der Gesellschaft, die Kinder, vor Gewalt und sexueller Gewalt zu schützen.

## Bekämpfung?

Wie anders soll man es erklären, daß zum Beispiel im Raum Köln, der als Haupt-Umschlagplatz für Kinderpornographie gilt, nur ein (!) Beamter bei der Kripo Köln ausschließlich für diese Verbrechen zuständig ist? Oder daß Kinderschutzorganisationen die ohnehin spärlichen Zuschüsse auch noch gekürzt werden?

Man vergleiche dies mit dem Aufwand an Geld und Polizei für den Transport des „Castor“-

Behälters. Aber was will man von einer Regierung erwarten, die mit Staaten wie der Türkei oder dem Iran zusammenarbeitet, in deren Gefängnissen auch Kinder gefoltert werden.

In Deutschland ist bisher erst ein einziger Mann wegen sexuellem Mißbrauch an einem Kind im Ausland, Stichwort Sextourismus, verurteilt worden. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf diesem Gebiet der Verbrechensbekämpfung sei sehr schwierig, heißt es. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft klappt allerdings viel besser mit Staaten wie zum Beispiel Thailand.

Die deutsche Justiz verurteilte gerade in diesen Tagen in zwei Fällen Männer, die des mehrfachen sexuellen Mißbrauchs an Kindern, angeklagt waren, zu sagenhaften zwei Jahren Freiheitsentzug auf Bewährung.

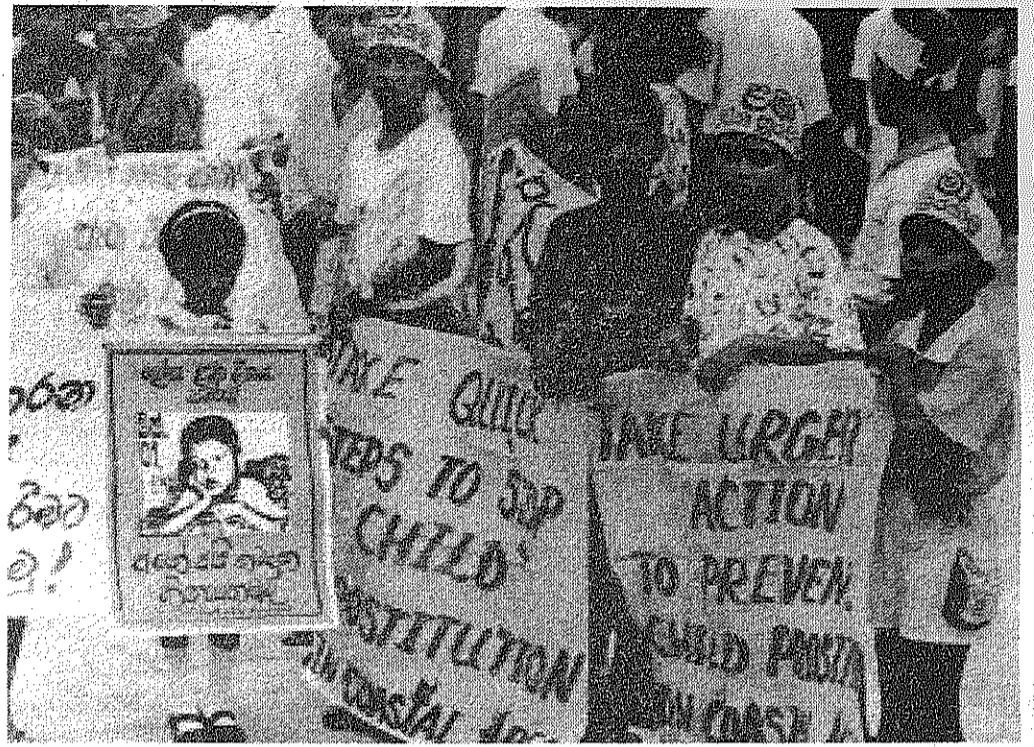
## Eiterngewalt

Der Medienrummel um das grausame Verbrechen der Kinderschänder in Belgien darf auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die allermeisten Peiniger der Kinder aus deren unmittelbaren Umfeld kommen: Eltern, Verwandte und Bekann-

te. Das juristische und gesellschaftliche Bild, daß Kinder Eigentum ihrer Eltern sind, liefert die Kinder den Tätern aus. Nicht umsonst hieß das Gesetz über die „elterliche Sorge“ früher Gesetz über die „elterliche Gewalt“!

Jahr für Jahr werden also über 100.000 Kinder vergewaltigt, gequält, für Kinderpornos vermarktet und das Gros der Fälle bleibt geheim, Täter und Opfer bleiben anonym. Obwohl doch alle diese Kinder Nachbarn, FreundInnen, ErzieherInnen, LehrerInnen, Bekannte haben. Niemand merkt etwas, weil es in unserer Gesellschaft „niemanden etwas angeht“, wie andere Eltern mit ihren Kindern umgehen. Das Sorgerecht steht schließlich nur den Eltern zu.

Und wohin soll ein Kind denn fliehen, das von seinen Eltern geprügelt, mißbraucht oder für Kinderpornos vermarktet wird? Heute ist es doch so, daß ein Kind bei seinen Eltern bleiben muß, (außer ein Vergehen der Eltern wäre offenkundig), ja im Zweifelsfall gegen seinen Willen zu seinen Eltern zurückgebracht wird. Warum gibt es nicht Angebote für Kinder, Wohngruppen o.ä., wohin die Kinder fliehen können? Warum



Protest gegen Kinderprostitution in Sri Lanka

reicht nicht der Wunsch des Kindes aus, daß es nicht mehr zu den Eltern zurück will, damit es in einem betreuten Kinderhaus bleiben kann? Oder steckt dahinter die Befürchtung, daß allzu viele Kinder freiwillig niemals bei ihren Eltern bleiben

würden? Der Mißbrauch von Kindern zielt weniger auf die sexuelle Befriedigung des Täters, vielmehr geht es um die Ausübung von Gewalt gegen Schwächere, um Unterdrückung und Erniedrigung der Opfer, ebenso wie

bei sexueller Gewaltanwendung gegen Frauen. Die sexuelle Gewalt gegen Kinder ist ein Ausdruck des Niedergangs und der zunehmenden Gewalt in der Gesellschaft allgemein, allerdings der abscheulichste.

# Polizei selektiert

Mit einem Riesenaufgebot hat die Polizei im Sommer die „Chaostage“ in Hannover verhindert und ein Wochenende lang eine „jugendfreie Zone“ in Hannover geschaffen. Mit rund 6000 Polizisten wurde ein Versammlungsverbot für Hannover und den Landkreis durchgesetzt.

Und das sah teilweise so aus: Eine Geburtstagsfeier, weitab von der Innenstadt, endete im Polizeigewahrsam.

Ein Familienausflug ging zu Ende, da der Neffe blondgefärbte Haare hatte und einen Platzverweis erteilt bekam.

Am Bahnhof reichte schon eine Baseballkappe.

Rund 1000 Jugendliche in Hannover waren davon betroffen. Im Hauptbahnhof wurden die 1300 Jugendliche mit

„punkerähnlichem Aussehen“ nach Hause geschickt. Auf allen größeren Bahnhöfen in Niedersachsen kontrollierte der Bundesgrenzschutz bunthaarige Urlauber.

Das Verwaltungsgericht Hannover hatte zuvor beschlossen, daß weder Haarfarbe noch Kleidung ein Grund dafür sein darf, in das Grundrecht auf Freizügigkeit einzugreifen. Doch das hinderte viele Beamte nicht Platzverweise für „Punkähnliches Aussehen“ oder „Zugehörigkeit zur Punkszene“ zu erteilen. Sie wollten Stärke demonstrieren und haben es geschafft.

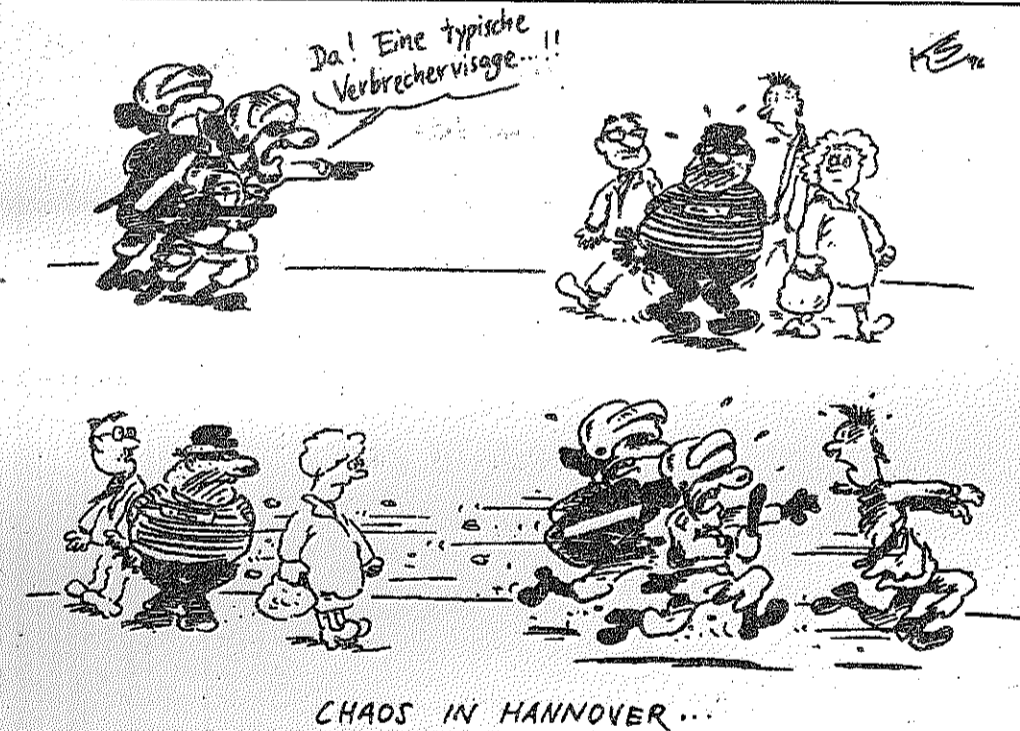
In Bremen waren rund 700 Jugendliche von Festnahmen und Platzverweisen betroffen. Dort schockiert vor allem die Behandlung. Etliche wurden über

19 Stunden in Garagen festgehalten – ohne Toiletten und ausreichend Ernährung. Vor allem durften nur drei von ihnen mit Anwälten Kontakt aufnehmen.

Hoch beschworene Grundrechte, wie Versammlungsfreiheit und Grundrecht auf Freizügigkeit wurden verletzt, eine ganze Bevölkerungsgruppe wurde willkürlich festgehalten – und das nur nach Aussehen.

Zuletzt war das der Fall beim kurdischen Newroz-Fest im März. Um das Demonstrationsverbot durchzusetzen wurden weiträumig Kontrollen durchgeführt. Alle Leute mit „ausländischem“ Aussehen wurden kontrolliert.

Bleibt nur die Frage wann „gewerkschaftsähnliches“ Aussehen Grund genug für Kontrollen und Festnahmen ist.



# 5 Jahre Asylhetze

Vor fünf Jahren, im Sommer 1991, forderte der damalige CDU-Generalsekretär Rühle in einem Brief an seine Leute vor Ort, „die Asylpolitik zum Thema zu machen“. Rühle lieferte auch gleich die Musterfragen mit, die die Stimmung vor Ort aufheizen sollten. Beispiele: „Welche Auswirkungen hätte die Belegung von öffentlichen Einrichtungen mit Asylbewerbern auf die bisherigen Benutzer/Besucher?“ Oder die Frage nach der Anzahl der Fälle, „in denen Asylbewerber staatliche Leistungen mehrfach in Anspruch genommen haben“. Ähnliches fragt man heute Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. Mit Parolen wie „Das Boot ist voll“, die von den Republikanern übernommen wurden, sollten Asylbewerber die Schuld für Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot bekommen.

## Hoyerswerda

Die Rechten fühlten sich ermutigt, zur Tat zu schreiten. Die

Angriffe in Hoyerswerda, Rostock, eine Welle rassistischer Überfälle und Brandanschläge folgten.

Heute, fünf Jahre danach, sind die Zahlen der Asylbewerber aufgrund der geänderten Gesetze drastisch geschrumpft. Aber die Probleme, von denen geplant Asylbewerberhetze abgelenkt werden sollte, diese Probleme sind geblieben oder größer geworden. Die Arbeitslosigkeit hat neue Rekordzahlen erreicht, Wohnungen sind nach wie vor knapp, die Mieten steigen.

1991 drohte die CDU, daß immer mehr Turnhallen geschlossen, weil mit Asylbewerbern belegt werden müßten. 1996 werden Schwimmbäder und Stadtteilbüchereien geschlossen, weil die CDU-geführte Regierung in Bonn die Gemeinden finanziell ausbluten läßt.

Die CDU übernahm damals mit ihrer Hetzkampagne die Vorreiterrolle. Dann schwenkte auch die SPD auf die rassistische Linie ein.

1993 trat das neue Asylgesetz mit all seinen unmenschlichen Folgen in Kraft. Flüchtlinge ertrinken in der Neiß, Berichte über Selbstmorde in den Abschiebeknästen häufen sich. Einzelne Politiker jammerten nun, daß sie sich das so nicht vorgestellt hätten. Und gibt es Überfälle von Neonazis, heucheln sie Bestürzung über eine Situation, die sie selbst geschaffen haben.

Derweil produziert der Kapitalismus weltweit neue Kriege und Krise – und neue Flüchtlingsströme. Rühle, der Einpeitscher der Asylkampagne, schickt nun als Chef der Bundeswehr deutsche Soldaten ins Ausland.

## Neue Sündenböcke

Die Hetze gegen Flüchtlinge wird von den Herrschenden benutzt, um zu verhindern, daß die Bevölkerung hier gemeinsam gegen die eigentlichen Verursacher der Probleme kämpft: Die Unternehmer, deren Regierung



und ihr kapitalistisches System. Und nachdem die Flüchtlingszahlen drastisch zurückgegangen, das Thema „Asylanten-

flut“ etwas abgegriffen war, war es höchste Zeit neue Zielscheiben aufzustellen: „kriminelle Ausländer“, „deutsche Sozialbe-

träger“, „Kurden“. „Teile und herrsche!“, das wußten schon die Machthaber im alten Rom.

Die Fälle Vulkan und Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD)

# Sind alle Manager kriminelle Nieten?

Der Ex-Manager der Vulkan-Werften, Hennemann, wurde verhaftet. In Sachen Subventionsbetrug von mehreren hundert Millionen Mark ermittelt jetzt die Staatsanwaltschaft. Manager des Kölner Motoren- und Anlagenbauers KHD fälschten über Jahre Bilanzen und verdeckten 900 Millionen Mi-  
se. 200 Millionen flossen allein an Bestechungsgeldern.

Angela Bankert, Köln

Und die Arbeitnehmer dieser beiden Konzerne, die in den letzten Monaten in den Schlagzeilen waren, bluten dafür: mit Entlassung, Lohnverzicht und unbezahlter Mehrarbeit.

Sind die Manager allesamt kriminelle Nieten in Nadelstreifen? Es besteht kein Grund, die Managerkaste von diesem Vorwurf freizusprechen. Klar ist,



KHD-Manager Schneider, Hochscherf und Edlmann: den letzten beißen die Hunde

daß sie hochbezahlte Handlanger des Kapitals sind, die auch vor kriminellen Methoden nicht zurückschrecken.

Wo aber Unfähigkeit und Wirtschaftskriminalität der Hennemanns, Gärtners, Schneiders, Leasons usw. gleich massenhaft und auch international auftreten, muß es tiefer liegende Ursachen hinter dieser Erscheinung geben.

## Geschäftsstrategien

Erklärungen für den Niedergang werden verschiedene angeboten. Im Fall des Vulkan-Verbandes wird Hennemann angelastet, er habe zum Schiffbau wahllos andere Firmen hinzugekauft, um seinen unrealistischen Traum von einem maritimen Technologiekonzern umzusetzen. Im Fall KHD gab es die umgekehrte Entwicklung. In

den letzten 10 Jahren fand eine Reduzierung auf das Kerngeschäft mit Motoren statt. Tochterfirmen, die allerdings auch Abnehmer der Motoren waren, wurden abgestoßen und suchten sich später andere Zulieferer.

Hat ein Konzern nur ein Standbein, lautet der Vorwurf: „Monostruktur“. Hat er eine breite Palette, wird er abschätzig als „Gemischtwarenladen“ eingestuft. Gleich welche Strategie jeweils gefahren wird, wenn's gekracht hat, war sie immer falsch und die Manager „unfähig“.

## Dumping

Bei KHD und Vulkan werden die Manager beschuldigt, Verträge zu Dumping-Preisen abgeschlossen zu haben, die unter den eigenen Produktionskosten liegen, und damit die Verluste in die Höhe getrieben zu haben. Viele rufen jetzt nach besserer Aufsicht und Kontrolle.

Klar ist, daß viele Aufsichtsräte und Kontrolleure beide Augen fest zudrücken. Aber: Was wäre, wenn alle Beteiligten korrekt gehandelt hätten? Hennemann macht nicht ganz zu Unrecht geltend, daß Vulkan viel eher pleite gewesen wäre, wenn er nicht als Finanzjongleur gehandelt hätte.

Ähnliches gilt für KHD: die zu Dumping-Preisen vereinbarten Verträge mit Saudi-Arabien hätten gar nicht abgeschlossen werden dürfen; bzw. bei Aufdeckung durch strenge Kontrollen wäre das Millionen-Desaster früher herausgekommen.

Warum sehen sich Manager

dazu veranlaßt, Dumping-Preise zu machen? Nicht aus persönlicher Boshaftigkeit, sondern weil der internationale Konkurrenzkampf immer härter wird, besonders bei stagnierenden oder schrumpfenden Märkten.

Das heißt nicht, daß die Produkte nicht gebraucht würden. Oft trifft das Gegenteil zu: moderne mehrwandige Schiffe werden ebenso gebraucht (man denke an Schrottkähne und Tankerunglücke) wie KHD-Traktoren in Entwicklungsländern. Aber im Kapitalismus interessieren nicht Bedürfnisse, sondern Kaufkraft und Profit. Wenn die kaufkräftigen Märkte und Profite schrumpfen, dann wird der Markt „bereinigt“.

## Rolle der Banken

Diese Rolle fällt häufig den Banken zu, die in etlichen Aufsichtsräten und Vorständen vertreten sind. Bei KHD ist es die Deutsche Bank als Hauptaktionär, die im Rahmen der „Bereinigung“ des europäischen Marktes dem ehemaligen Großkonzern eine Rolle in der dritten Liga zuweist, indem er zerlegt und in Einzelteilen veräußert oder plattgemacht wird.

Den Vulkan-Verband ließ die Commerzbank absaufen. Die Treuhand-Nachfolgeanstalt BvS beschuldigt die Commerzbank, die als Hausbank vollen „Einblick in die Finanzlage, insbe-



Auch aus Gewerkschaftskreisen kommt häufig der Vorwurf des Mißmanagements

sondere in die Liquiditätslage“ des Vulkan gehabt habe, daß sie über Kreditrückzahlungen an sich selbst aus zweckgebundenen Mitteln für ostdeutsche Werften Bescheid wußte, sie aber als Gläubiger dennoch ein-sackte.

Die Vorherrschaft des Finanzkapitals hat besonders in den letzten 15 Jahren zugenommen, hier wie international. Die enge Verflechtung zwischen Banken und Konzernen führt dazu, daß der schnelle Gewinn an den internationalen Finanzmärkten zum Maßstab wird. Ist die Profitrate in der Produktion nicht

wird zur möglichst profitablen Selbstverwertung eingesetzt. Wenn dies in der Produktion nicht mehr möglich ist, verstärkt sich der Trend zu kurzfristigen Finanzgeschäften und die Abwärtsspirale von Massenarbeitslosigkeit und Armut.

## System

Mißmanagement, eine auch von Gewerkschaften häufig gebrauchte Kritik (wobei sie oft selbst in Aufsichtsräten sitzen), ist daher ein Vorwurf, der an den Realitäten des Kapitalismus vorbeizieht. Im kapitalistischen Konkurrenzkampf um die höchsten Profite beißen den letzten immer die Hunde. Wer zum Zeitpunkt einer Krise gerade der letzte ist, der hat Pech gehabt.

Selbst wenn wir nur lautere und fähige Politiker und Manager hätten (wovon wir zugegeben weit entfernt sind), so würde sich doch nichts an den Mechanismen der kapitalistischen Marktwirtschaft ändern. Man kann sich ihnen nur beugen, und dabei mehr oder weniger korrupt und kriminell sein, oder sie abschaffen.



Ex-Vulkan-Chef Hennemann

hoch genug, wird Kapital herausgezogen.

In der Marktwirtschaft geht es nicht um die Befriedigung von Bedürfnissen, sondern Kapital

## Frankreich

### Solidarität mit den „Papierlosen“

Sie werden die „sans papiers“ genannt, die „Papierlosen“ ohne Aufenthalts-genehmigungen, und ganz Frankreich diskutiert ihr Schicksal. Die Rede ist von 300 afrikanischen Einwanderinnen, die jahrelang in Frankreich lebten und von Ende Juni bis Ende August die Kirche Saint Bernard in Paris besetzt hielten - aus Protest gegen und Schutz vor ihrer drohenden Abschiebung.

Hintergrund der Auseinandersetzung ist die drastische Verschärfung der Ausländergesetzgebung, ähnlich wie auch in Deutschland.

Der Kampf der „sans papiers“ hat Frankreich aufgewühlt. Am 23. August wurde die Kirche von Spezialeinheiten der Polizei gestürmt und brutal mit dem Einsatz von Tränengas geräumt. Schon am nächsten Tag wurden die ersten Flüchtlinge nach Mali abgeschoben, andere im Schnellverfahren verurteilt.

Doch die Regierung Chirac/Juppé hat nicht die erwartete Unterstützung in der Bevölkerung für ihre Maßnahmen. 50 Prozent haben Verständnis für die AfrikanerInnen, 85 Prozent sind für Verhandlungen statt Staatsgewalt und immerhin zwölf Prozent fordern „Papiere für alle“.

Und auch Widerstand formiert sich. Noch am Abend des Räumungstages demonstrierten über

10.000 in Solidarität mit den verhafteten Flüchtlingen. Auch hier griff die Polizei wieder DemonstrantInnen an, als sie vor dem Abschiebegefängnis die Freilassung forderten.

Die französische „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE) war von Beginn an an vorderster Front der Solidaritätsbewegung mit den „sans papiers“. Auf der Demonstration marschierten 500-600 im JRE-Block an der Spitze der Demonstration. Vier der AfrikanerInnen waren JRE im Laufe der Besetzung beigetreten.

Am 28. August fand eine landesweite Demonstration statt, zu der auch alle Gewerkschaften und die Kommunistische Partei, sowie die Sozialistische Partei aufgerufen hatten.

Im Zusammenhang mit den zu erwartenden Protesten und Streiks der Gewerkschaften gegen die neuerlichen Sparpläne der konservativen französischen Regierung im Herbst kommen Chirac und Juppé immer mehr unter Druck. Hoffen wir, daß ihre Tage gezählt sind.

JRE Frankreich bittet um internationale Solidarität mit den „Papierlosen“. Organisiert Protestaktionen vor französischen Einrichtungen und schickt Solidaritätsfaxe an: Jeunes contre le Racisme en Europe, Fax: 0033 1 48 57 68 62.

Sascha Stanicic, Köln

## Der Rentenbetrug der Bundesregierung

# Geldsorgen schon am Monatsanfang

Günter Weiland aus Bremerhaven, 71 Jahre alt, ehemaliger IG Metall-Vertrauensmann auf der Seebeck-Werft, schildert seine Situation als Rentner:

Im Jahre 1984 bin ich mit einer monatlichen Rente von 1800 DM in Rente gegangen. Zur damaligen Zeit konnten wir, Zweipersonen-Haushalt, mit dieser Rente gut und sorgenfrei leben. Es gab auch in jedem drauffolgenden Jahr eine kleine Rentenerhöhung, so zwischen 40 und 60 DM. Wir hatten keine finanziellen Sorgen, und wir waren jedes Jahr dazu in der Lage, einen kleinen Urlaub zu machen.

Es war nichts Großes, aber wir wollten ja auch keinen Luxus, sondern ein normales Leben. Auch hatten wir im Laufe unseres Lebens einen kleinen Notgroschen für Notfälle angelegt.

Seit dem Jahr 1989 trat eine schleichende Verschlechterung unseres Lebensstandards ein. Die Rentenversicherung erhöhte die Altersrenten nur noch zwischen 8 und 10 DM. Da wir unseren kleinen Notgroschen nicht angreifen wollten, wurde unser Lebensstandard immer schlechter.

Es hatte den Anschein, als wenn die Renten für die Mitbürger aus den neuen Bundesländern zu Lasten unserer Renten ging. Die Renten der Leute aus den neuen Ländern hätten mei-

ner Meinung nach für eine Übergangszeit aus dem Etat des Finanzministers gezahlt werden müssen.

Ich habe alles getan, um unsere finanzielle Lage wieder zu normalisieren. Viele Ausgaben habe ich storniert: Sportverein, Bücherbund, Miniauto, Garage, Rauchen, Beiträge an Gewerkschaft und Partei, Teilkasko, ADAC, Schutzbrief, Rechtsschutzversicherung, Telefon (Handy, welches ich wegen Schwerbehinderung für Notruf-Situationen brauche). Auch ein Billigurlaub ist nicht mehr möglich.

Wir leben nur noch mit der „Großzügigkeit“ unserer Bank. Aber unsere Geldsorgen fangen schon am Monatsanfang an. Meine Ersparnisse haben ich aus eigener Dummheit an einen cleveren Autohändler verloren. Gutgläubigkeit ist nun mal Dummheit.

Ich bin der Meinung, nach 46 Jahren Arbeit und Einzahlung in die Rentenversicherung haben wir im Alter ein Recht auf ein einfaches, aber sorgenfreies Leben. Ich glaube, daß es vielen Rentnern so geht. Aber die Leute schämen sich zu sagen, daß sie arm sind.

Wir wissen, daß wir abhängig vom Einkommen der Leute sind, welche noch in Lohn und Arbeit stehen. Da muß ja wohl die verkehrte Arbeitsmarktpolitik der Regierung Kohl schuld

sein. Ein sozialer Neid, welchen Herr Kohl immer wieder hervorhebt, besteht nicht. Leistung, welche Herr Kohl immer wieder fordert, habe ich meiner Meinung nach mehr als genug gebracht. Meine erste Arbeit 1946 nach meiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft war die Räumung von Minen und Bombenblindgängern. Dafür, daß ich Kopf und Kragen riskiert habe, gab es eine Schwerarbeiterkarte mit etwas mehr Lebensmittelzuteilung. Dann habe ich für einen Transportunternehmer als Fernfahrer gearbeitet. Ich bin durch ganz Europa gefahren, 450 Stunden im Mo-

nat, für 467,59 DM Festgehalt. Und wenn ich mal am Wochenende zu Hause bleiben wollte bei Frau und Kindern, bekam ich zur Antwort: Was, Du willst nicht? Tausende Arbeitslose warten vor der Tür auf deinen Job.

Wir haben also die schlechten Zeiten mitgemacht, und nun dies.

Ich habe heute im Alter von 71 Jahren keine Möglichkeit mehr, mein Einkommen zu verbessern, und ich warte jeden Tag darauf, daß meine Bank mir das Girokonto kündigt.

Und nun hoffe und kämpfe ich für eine bessere Regierung mit einer besseren Sozialpolitik.



Minister Blum: Statt sicherer Renten sinkender Lebensstandard

# Netzwerk gegründet

„Wir können den Kurs der ÖTV-Führung nicht mehr hinnehmen. Wir setzen auf Gegenwehr statt auf Co-Management. Wir wollen eine Alternative zur derzeitigen Führung aufbauen, Druck auf die Funktionäre ausüben und Initiativen zur Gegenwehr ergreifen. Daher haben wir uns im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ zusammengeschlossen und fordern alle kritischen und kämpferischen KollegInnen auf, mit uns für eine Veränderung der ÖTV einzutreten.“

Darin waren sich die 35 TeilnehmerInnen eines bundesweiten Treffens von aktiven ÖTVlern am 24.8. einig.

Claus Ludwig, Köln

Die Berichte aus den 15 vertretenen Städten reichten von steigender Kampfbereitschaft unter den KollegInnen bis hin zu Resignation und sinkender Aktivität. Aus Berlin berichtete ein Kollege von Protesten gegen den Stellenabbau in den Krankenhäusern, bei denen viele zum ersten Mal aktiv geworden sind. Steffi Nitschke, Jugend-

und Azubivertreterin der städtischen Kliniken Kassel, beschrieb die erfolgreiche Jugendarbeit in ihrem Betrieb und die gute Mobilisierung junger ArbeitnehmerInnen während der Tarifrunde. Andere Teilnehmer stellten sich als „ganz schön frustrierte ÖTVler“ vor.

Eines war allen klar: Die Verteidigung des Erreichten gegen die Angriffe der öffentlichen Arbeitgeber wäre schon mit einer starken kämpferischen Gewerkschaft keine leichte Aufgabe. Mit dieser ÖTV jedoch wird die Frustration zunehmen.

Daher wurde der Beschluß gefaßt, ein bundesweites „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ aufzubauen. Als erstes sollen Informationen ausgetauscht werden – die ÖTV tut dies schon lange nicht mehr – um ein Bild von den Angriffen zu bekommen und Ideen für die Gegenwehr auszutauschen.

Ein Busfahrer von der Essener Verkehrs-AG berichtete von der Kürzung der Einrichtungszeiten, die von Per-

sonalrat und ÖTV abgesegnet bzw. verschlafen wurde. Einige Busfahrer haben daraufhin einen offenen Brief geschrieben und wollen die Kollegen dagegen mobilisieren. Gerade im öffentlichen Nahverkehr ist angesichts vieler örtlicher Angriffe – wie die von der ÖTV getragenen Lohnkürzungen in Hamburg und Bremen – ein bundesweiter Austausch zwischen aktiven Vertrauensleuten nötig.

## Lebhafte Diskussion

Das Treffen war von SAV-Mitgliedern, die im öffentlichen Dienst arbeiten, und der „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter“, die vor allem in den nordrhein-westfälischen Studentenwerken vertreten ist, angeregt worden. Die Vorbereitungszeit war sehr kurz und angesichts der Ferienzeit war unklar, wieviele Leute kommen würden. Daß 35 aus verschiedenen Städten erschienen, die meisten davon Betriebs- und Personalräte und Vertrauensleute (sowie Vertreter sozialistischer Organisationen), war ein Erfolg.

Die Unzufriedenheit, die unter aktiven ÖTVlern herrscht, geht sicher weit darüber hinaus. Das zeigt auch die Reaktion von Kollegen, die aus Zeit- oder finanziellen Gründen nicht kommen konnten. Die ÖTV-Jugend Göttingen zum Beispiel begrüßte die Initiative zu dem Treffen per Brief und möchte weiter auf dem Laufenden gehalten werden.

Ein von Dieter Janssen, Personalrat in einem Stuttgarter Krankenhaus, vorbereiteter Entwurf für ein Forderungsprogramm des „Netzwerks“ wurde diskutiert, aber nicht abgestimmt, da die Zeit für die ausführliche Diskussion der Forderungen nicht ausreichte und nicht alle sich voll hinter die Forderungen stellen konnten.

So gab es verschiedene Meinungen zur Frage, ob man die 30-Stunden-Woche fordern sollte, um deutlich zu machen, daß nur durch radikale Arbeitszeitverkürzung die Arbeit verteilt werden kann, oder man sich nicht erst einmal darauf konzentrieren müsse, endlich die Umsetzung der schon längst beschlossenen 35-Stunden-Woche zu fordern.

Auch der Vorschlag eines „europaweiten gemeinsamen Kampfes der Gewerkschaften gegen Maastricht und das Europa der Konzerne“ wurde zwar von niemanden abgelehnt, aber einige meinten, sie könnten sich nicht so richtig vorstellen, wie man

dorthin komme, wenn die ÖTV nicht einmal in einer Stadt die Warnstreiks vernünftig zusammenfasse.

Daß konkrete internationale Solidarität den Anwesenden sehr wichtig war, zeigte jedoch die hervorragende Spendensammlung für die seit 11 Monaten streikenden Hafnarbeiter im englischen Liverpool, bei der über 400 DM zusammenkamen.

## Durchschnittslohn

Verschiedene Meinungen gab es zur von SAV-Mitgliedern vorgebrachten Forderung, daß hauptamtliche Funktionäre der ÖTV nicht mehr verdienen sollen, als die Beschäftigten, die sie vertreten sollen.

Alle waren zwar der Meinung, daß Spitzgehälter wie die fast 20.000 DM des Vorsitzenden gekürzt werden müssen, aber was die untere Ebene der Funktionäre angeht, waren einige der Meinung, diese könnten ruhig mehr verdienen als normale KollegInnen.

Ein Personalrat aus Darmstadt meinte, die Funktionäre würden nicht über ihr Gehalt gezähmt oder korrumpiert, sondern über ihre persönliche und politische Einbindung in die Verhandlungs- und Kompromiß-Maschinerie. Das bestritt niemand, aber andere KollegInnen ergänzten, daß die Entfremdung von der Mitgliedschaft, deren Einkommen immer mehr unter Druck gerät, schon mit der überdurchschnittlichen finanziellen Absicherung beginne.

Auf das Argument, daß hauptamtliche harte Arbeit, auch abends und an Wochenenden, leisteten, wurde es unruhig im Saal, denn die zahlreich ver-



Der ÖTV-Streik 1992 wurde gegen die Mehrheit der Mitglieder abgebrochen

tretenen Krankenschwestern und-Pfleger leisten sehr harte Schichtarbeit und werden unterdurchschnittlich bezahlt. Ein Kollege aus Stuttgart: „Ich mache die Gewerkschaftsarbeit neben meiner Schichtarbeit und bekomme keinen Pfennig dafür. Hauptamtliche sollen ein Gehalt bekommen, von dem sie anständig leben können und besondere Auslagen ersetzt bekommen, aber auch sie müssen sich im Verdienst mit uns messen und nicht mit den Bossen und müssen Engagement in ihrer Freizeit zeigen.“

Die Befürchtung, bei einer Senkung der Funktionärsgehälter würden sich nicht genügend qualifizierte Leute finden, wiesen die meisten zurück. Sie oder andere fähige KollegInnen würden gerne für ein normales Facharbeiter- oder Angestellten-einkommen als Gewerkschafter arbeiten.

## Die nächsten Schritte

Viele KollegInnen waren zum Treffen gefahren, ohne zu wissen, was sie erwartet, wollten erst einmal die anderen Leute

kennenlernen. Vieles konnte nicht ausdiskutiert werden, letztendlich gab es viel zu viele Vorschläge.

Aber in der Diskussion wurde klar, daß die Anwesenden prinzipiell übereinstimmen, was sich in der ÖTV verändern müsse. Nach Meinung aller lohnt es sich, weiter zu diskutieren und ist der Schritt richtig, sich zusammenzuschließen.

Einige Kollegen wurden von dem Treffen delegiert, die Vorbereitung eines nächsten, größeren Treffens zu übernehmen. Auch die Idee, eine eigene Zeitung herauszugeben, wurde begrüßt. Die Finanzierung und Namensvorschläge sollen weiter diskutiert werden.

Am Rande des Gewerkschaftstages Ende September in Stuttgart soll eine Veranstaltung zur Vorstellung des Netzwerks stattfinden. Kandidaturen kritischer KollegInnen auf dem Gewerkschaftstag sollen unterstützt werden. Insgesamt war das Treffen sehr wichtig und fruchtbar. Es war ein erster Schritt zur Vernetzung linker, kämpferischer KollegInnen in der ÖTV.

## Ihr da oben ...



## Besetzung

Die Werkstoff-Union Lippendorf bei Leipzig befindet sich in Konkurs und soll abgewickelt werden. Dagegen wehrt sich die Belegschaft, die Hoffnung auf neue Investoren hat. Sie errichteten eine tonnenschwere Barrikade aus Stahl, um den Abtransport von Maschinen zu verhindern.

## ABM

Ohne AB-Maßnahmen läge die Arbeitslosenquote im Osten bei über 20%. 531.000 Ostdeutsche stecken in solchen Maßnahmen, für die die Bundesanstalt für Arbeit mit 26 Milliarden Mark rund ein Viertel ihres Etats ausgibt. 1997 sollen zunächst 1,7 Milliarden gekürzt werden, bis zum Jahr 2000 gar rund 20 Milliarden. Schon für 1997 befürchtet der DGB durch die Kürzung 200.000 zusätzliche Arbeitslose.

Viele sinnvolle öffentliche Arbeiten könnten im Osten ohne ABM nicht bewältigt werden: Sanierung ehemaliger Industriegrundstücke, Umbau von Kasernen, Anlage neuer Einrichtungen wie Tierheime, Bio-Bauernhöfe, Zoos, Restauration historischer Bauten.

## Marxismus veraltet?

Aus dem diesjährigen UNO-Bericht über die menschliche Entwicklung:

„Die weltweite Kluft zwischen den Reichen und Armen wird jeden Tag größer, innerhalb von Ländern wie

zwischen ihnen.“

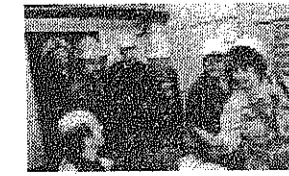
„358 Milliardäre besitzen soviel wie fast die Hälfte der Menschheit“.

Wie meinte schon Marx dazu:

„Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation (=Erniedrigung) auf dem Gegenpol...“ (Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, Seite 675.)

## Raub oder Dividende

Ausgeraubt wurden drei saudische Prinzessinnen an der französischen Riviera. Die Gangster stoppten den Wagen der Opfer und entkamen mit Juwelen im Wert von über sechs Millionen Mark. Arme Prinzessinnen – aber die Polizei wird sicher nicht ruhen, bis sie die Diebe gefaßt und die teuren Juwelen ihren rechtmäßigen Besitzerinnen zurückgegeben hat. Die Polizei wird natürlich nicht fragen, wo drei Prinzessinnen, die vermutlich nicht einmal erwerbstätig sind, die sechs Millionen Mark teuren Klunker herhaben. Vielleicht geschenkt bekommen, von ihren saudischen Prinzen. Und die haben das Geld ganz legal verdient mit Ölgeschäften, oder aus Aktien und so. Es gibt eben verschiedene Arten an anderer Leute Geld zu kommen: Man raubt es oder man kassiert Dividenden, „Unternehmensgewinne“, Zinsen usw. So grundsätzlich verschieden sind diese Methoden nicht.



... Wir hier unten



Die ehemalige ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies (re.) wurde für den Streikabbruch 1992 fürstlich belohnt: Sie verdient jetzt als EU-Kommissarin 27.000 DM monatlich.

### Das SAV-Programm für den öffentlichen Dienst

- ★ Stop aller Privatisierungen und aller Maßnahmen in Richtung Privatisierung und Deregulierung
- ★ Schluß mit Arbeitsplatzabbau, Arbeitshetze und Lohnraub
- ★ Übernahme aller Azubis im erlernten Beruf
- ★ Mindestlohn von 2000 Mark (netto)
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei öffentlichen und privaten Betrieben
- ★ Kein Abbau staatlicher Dienstleistungen. Preis- und Gebührenstop für die Normalverbraucher
- ★ Ran an die Profite zur Finanzierung öffentlicher Dienste
- ★ Verstaatlichung der Banken, Konzerne und Versicherungen unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle
- ★ Demokratisch geplante Wirtschaft nach den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt
- ★ Für eine echte Reform der Staatsbetriebe im Interesse von Beschäftigten und Verbrauchern
- ★ Abbau von Bürokratie und Einfluß der Privatwirtschaft durch demokratische Verwaltung und Kontrolle von Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften und Benutzern von öffentlichen Dienstleistungen
- ★ Wahl aller Vorgesetzten und Recht auf jederzeitige Abwählbarkeit durch die Beschäftigten
- ★ Einheitliches Dienstrecht für alle Beschäftigten einschließlich des Streikrechts

Im Wortlaut

# Generalstreik abgesagt

Mit Demos allein ist das sogenannte „Sparpaket“ der Regierung nicht zu verhindern. Ein Generalstreik – das wäre die notwendige Antwort auf Kürzungs- und Umverteilungspaket. Offensichtlich gab es für diese Forderung immerhin soviel Druck an der Gewerkschaftsbasis, daß Vertreter aller DGB-Gewerkschaften im Juni in einer Schaltkonferenz die Frage diskutierten, „ob es zu einer flächendeckenden, betrieblichen und öffentlich erkennbaren gemeinsamen Aktion der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am 27.6., dem Tag der 2./3. Lesung der Gesetzesvorhaben der Koalition kommen kann, ...“. (Das Wort „Generalstreik“ wird sorgfältig vermieden.) Uns liegt die schriftliche Zusammenfassung dieser Schaltkonferenz vor. Sie vermittelt nicht gerade das Bild von kämpferischen Gewerkschaftsführern... Im folgenden ein Auszug (Die entschiedenen Passagen wurden von uns zusammengestellt):



## Regierungen bekämpfen die Armen statt die Armut

**USA**  
Die US-Regierung verabschiedete im August eine „historische Reform“ (Clinton) der Sozialhilfe: in Zukunft darf jeder US-Bürger nur noch 5 Jahre Sozialhilfe beziehen, und zwar in seinem ganzen Leben. Die vor über 60 Jahren von Präsident Roosevelt eingeführte staatliche Garantie eines Minimums an Sozialhilfe wurde abgeschafft. Wer wegen eines Drogendelikts vorbestraft ist, verliert sofort seinen Anspruch auf Sozialhilfe. US-Wohlfahrtsverbände gehen davon aus, daß 2 Millionen Erwachsene und 4,5 Millionen Kinder aus der Sozialhilfe herausfallen werden.

**Deutschland**  
Im August trat das neue Sozialhilfegesetz mit einer Anzahl von Verschlechterungen in Kraft. Um 25% wird die Sozialhilfe gekürzt, wenn ein Empfänger eine ihm angebotene „zumutbare“ Arbeit ablehnt. Die Erhöhung der Sozialhilfe richtet sich in Zukunft nicht mehr nach Mindestbedarf und Lebenshaltungskosten, sondern wird an die westdeutschen Nettolöhne (bekanntlich rückläufig) angeknüpelt. Alten Menschen über 65 wird der bisher geltende Mehrbedarfszuschlag von 20% gestrichen, außer sie weisen eine anerkannte Gehbehinderung nach.

**Britannien**  
In Britannien will die Regierung eine Belohnung für diejenigen aussetzen, die „Sozialbetrüger“ bei den Behörden denunzieren. Da will die Labour-„Opposition“ nicht nachstehen und verspricht im Falle ihres Wahlsiegs, die Zahl der „Hausbesuche“ von Behörden

- Offiziell 9% Arbeitslose im Westen, 15,4% im Osten, das sind 3.911.613 Menschen ohne Arbeit und damit 300.000 mehr als vor einem Jahr
- Zusätzlich sind 1.390.000 Millionen Menschen in AB-Maßnahmen
- Zusammen mit den nicht-registrierten Arbeitslosen sind über 6 Millionen Menschen arbeitslos
- Jeden Monat werden rund 30.000 Arbeitsplätze vernichtet (laut Statistischem Bundesamt)

<p><b>Deutscher Gewerkschaftsbund</b> Bundesverband</p> <p>Hans-Böckler-Platz, 28 40478 Düsseldorf Hans-Böckler-Platz Telefon 0211 452 010 Telefax 0211 45 01 471</p> <p>Telefon-Durchwahl 0211 45 01 404/8 Telefax-Durchwahl 0211 45 01 810</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- IGBE hält eine solche Aktion grundsätzlich für möglich;</li> <li>- GdED war nicht zugeschaltet;</li> <li>- IGCPK hatte bereits im Vorfeld Bedenken formuliert; ggf. Flugblätter vor den Betrieben;</li> <li>- GEW könnte sich Personalversammlungen vorstellen;</li> <li>- HBV vermag Mobilisierungsmöglichkeiten nicht einzuschätzen;</li> <li>- GHK hält in einer Reihe von Bezirken Aktionen für möglich;</li> <li>- Leder sieht Probleme, u.a. auch aufgrund von Betriebsferien;</li> <li>- IG Medien sieht Möglichkeiten in einigen Bezirken, aber Probleme, überall zu mobilisieren;</li> <li>- IGM sieht in den Bezirken Realisierungschancen, wenn sich alle Gewerkschaften beteiligen;</li> <li>- NGG sieht für sich eine flächendeckende Aktion nicht für realisierbar an;</li> <li>- ÖTV ist sich unsicher - insbesondere auch im Hinblick auf das Kriterium der Flächenabdeckung; auch der Ausgang der Tarifbewegung wird mit darüber entscheiden;</li> <li>- GdP verweist trotz ihrer flächendeckenden Präsenz - die Polizei ist überall - auf Unsicherheiten, die die ÖTV formulierte;</li> <li>- DPG bejaht das Ziel einer solchen Aktion;</li> <li>- GTB meint, „sie könnte das 'hinkriegen'“.</li> </ul>
--	--

Alle sind sich also einig, (Motto: Einigkeit macht stark), daß „gemeinsame betriebliche Aktionen“ aller DGB-Gewerkschaften an einem Tag eine gute Sache wären, diese „gemeinsamen betriebliche Aktionen“ aber leider, leider aus den genannten Gründen nicht machbar sind. In dem vorliegenden Schreiben werden dann auch noch Einzelheiten bezüglich Organisation und Ablauf der Demonstration am 15.6. in Bonn mitgeteilt: „Gegen die Mitnahme von Luftballons (NGG) bestehen keine Bedenken.“ Dann kann ja nichts mehr schiefgehen! Man/frau erinnere sich an das Gelesene, wenn demnächst die Gewerkschaftsführer sagen werden: Wir haben alles versucht, um das Sparpaket zu verhindern.

Pressefreiheit

# Die Freiheit der Verleger

Ein Artikel über die Verflechtung von Reisebuchverlagen und Reiseunternehmen wurde einem Redakteur des Kölner Stadtanzeigers zum Verhängnis. Nach 25jähriger Tätigkeit wurde Hartmut Schergel vom Verleger Alfred Neven-DuMont, der sich und seine Publikationen gern als „liberal“ bezeichnet, fristlos (und vorsichtshalber auch fristgerecht) gekündigt.

**Angela Bankert, Köln, Mitglied IG Medien**

Schergel hatte als verantwortlicher Redakteur den Artikel eines freien Mitarbeiters ins Blatt genommen, in dem es u.a. darum ging, daß sich Verleger DuMont mit seinem Reisebuchverlag in ein Touristik-Unternehmen eingekauft hatte. Damit ist dieser Verlag am weitesten vorgepirscht und könnte nun das Buch zur Reise und die Reise zum Buch präsentieren. Wieviel objektiven Informationsgehalt entsprechende Reiseführer dann noch haben, kann man sich ausrechnen. Doch solche Zusammenhänge sollten die LeserInnen des Kölner Stadtanzeigers nicht erfahren dürfen. Die Begründung für die Entlassung Schergels durch den Verlag ist von bemerkenswerter Offenheit: Unter Berufung auf den Tendenzschutz (der die ideelle Tendenz einer Publikation schützen soll) wird Schergel die Schädigung wirtschaftlicher Interessen des Verlegers vorgeworfen.

**Schere im Kopf**

Bei einer Veranstaltung der Deutschen Journalisten-Union (dju) zum Fall Schergel wurde deutlich, daß dies kein Ausnahmefall ist. Ein Kollege berichtete über die Behinderung seiner journalistischen Arbeit, als er über die laxen Prüfung verschmutzter Abwässer durch die Stadt schreiben wollte. Der ängstlichere Teil der Belegschaft, so berichteten anwesende Kollegen, gehe davon aus, daß Schergel die Sache mitverschuldet habe. Schließlich wisse man im Haus, daß über DuMonts Aktivitäten entweder gar nicht oder nur positiv berichtet werden dürfe. Viele KollegInnen hätten die Schere schon im Kopf. Die ironische Aufforderung der dju ist daher gar nicht so weit hergeholt: „Stellt endlich eine Liste auf, damit die Redakteurinnen und Redakteure wissen, worüber sie nicht schreiben dürfen... Vielleicht steht auf der Tabu-Liste auch die Telekom, weil sich irgendein Familienmitglied gerade Telekom-Aktien gekauft hat.“ Die Entlassung ist möglicherweise zugleich auch ein später Racheakt des Verlegers. Hartmut

Imperium gehört nicht nur der Kölner Stadtanzeiger, sondern auch der Expreß und 20% der Kölner Rundschau. Deswegen plant die dju Flugblatt-Aktionen und Mahnwachen. Und weil die Frankfurter Rundschau über den Fall berichtete, kündigte DuMont die Kooperation bei der Finanzierung gemeinamer Korrespondenten auf.

„Wer schützt die Pressefreiheit vor den Verlegern?“ fragt nicht nur die dju. Die Medien gehören in gesellschaftliches Eigentum und unter demokratische Kontrolle. Sonst bleibt die sogenannte Pressefreiheit die Freiheit von einigen Dutzend Medien-Zaren, ihre Meinung zu veröffentlichen. IG Medien und dju organisieren bundesweit Solidarität. Solidaritätsadressen an: IG Medien Köln, Hans-Böckler-Platz 9, 50672 Köln.

An Informationen über die verlegerischen Allüren DuMonts werden Kölner LeserInnen so leicht nicht kommen. Zu seinem

Schergel war viele Jahre Bundesvorsitzender der dju und Mitglied im Hauptvorstand der IG Medien. Als Mitglied des Deutschen Presserats (Selbstkontrollorgan von Journalisten und Verlegern) liegt ihm sein eigener Fall demnächst zur Begutachtung vor.

**Medien-Zaren**



# Wer wir sind

Die Sozialistische Alternative Voran (SAV) steht für Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

## Gegenwehr

Massenarbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Sozialabbau, Rassismus, Jugend ohne Zukunft - Gegenwehr ist nötiger denn je. Aber es gibt heute keine Partei, die konsequent für die Interessen der abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen, Armen, der Frauen und der Jugendlichen kämpft. Wir haben beschlossen, selber Gegenwehr zu organisieren.

Die Marktwirtschaft, der Kapitalismus produziert Krise und Kriege - weltweit. Doch weder SPD noch GRÜNE kämpfen ernsthaft für eine andere Gesellschaft. Deshalb endet ihre Politik letztendlich immer in Anpassung, in Reformabbau statt Reformen. Auch bei der PDS klaffen Worte und Taten meilenweit auseinander.

## Solidarität

Solidarität heißt: Für gemeinsame Interessen gemeinsam kämpfen. Statt Bündnis mit den Unternehmern für Arbeitslosigkeit - ein Bündnis der ArbeitnehmerInnen gegen Lohnverzicht und Arbeitsplatzvernichtung. Gegen Spaltung, Standortpropaganda und Lohndrückerei setzen wir den gemeinsamen Kampf der ArbeiterInnen, in Deutschland und über Ländergrenzen hinweg.

# Wofür wir kämpfen

Unsere Forderungen orientieren sich nicht daran, was Daimler Benz und die Deutsche Bank brauchen, sondern was für die Menschen notwendig und sinnvoll ist. Und was bei planmäßigem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft machbar wäre.

## Arbeit und Ausbildung

- ★ Arbeit für alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente, usw.) von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf

## Wohnen

- ★ Sofortiger Mietestop und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr

## Soziales

- ★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
- ★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem

## Bundeswehr

- ★ Radikale Abrüstung und Stop von Rüstungsexporten
- ★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion
- ★ Kein Einsatz im Ausland

## Umwelt und Verkehr

- ★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stopp von umweltzerstörender Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Nulltarif

weg.

## Internationalismus

Der Kapitalismus ist international. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn er ebenfalls international ist. Die SAV beteiligt sich am Aufbau einer neuen Arbeiterinternationale. Sie ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“, das bereits sozialistische Organisationen in 30 Ländern auf allen Kontinenten umfaßt.

## Sozialismus

Wir wollen das Übel an seiner Wurzel packen. Wir kämpfen für die Abschaffung des Kapitalismus, wir wollen eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Unser Ziel ist Sozialismus - weltweit. Sozialismus heißt: weder Diktatur des Marktes noch Diktatur einer Bürokratie, wie einst im Ostblock. Sozialismus ist demokratisch oder es ist kein Sozialismus. Sozialismus heißt: Statt Produktion für den Profit - Produktion nach den Bedürfnissen der Menschen und ihrer Umwelt. Zu diesem Zweck und für diese Ziele wurde die SAV 1994 von Jugendlichen, GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen und linken SPD- und PDS-Mitgliedern um die Zeitung VORAN gegründet. Wir fordern jede und jeden auf, mit uns zu kämpfen und mitzumachen.

★ Verstaatlichung der Autoindustrie und Umstellung auf alternative Produktion

## Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Streichung des Paragraph 218 Strafgesetzbuch
- ★ Kostenlose Betreuung für Kinder ab dem 1. und bis zum 12. Lebensjahr

## Gegen Rassismus und Faschismus

- ★ Keine Abschiebungen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Abschaffung aller Ausländergesetze
- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten durch antifaschistische Bewegung, Gewerkschaften, SPD und PDS

## Arbeiterbewegung

- ★ Für kämpferische, demokratische Gewerkschaften
- ★ Nein zum Bündnis für Lohnverzicht und Arbeitslosigkeit
- ★ Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals
- ★ Abgeordnete und Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

## Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Keine Privatisierung. Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
- ★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
- ★ Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchschnittlichem Facharbeiterlohn

## Laserbrief

# Schwule - kein Thema in der SAV?

Am 28. Juni jährte sich zum 27. Mal der sogenannte „Christopher Street Day“; der Tag, an dem die New Yorker Schwulen zum erstenmal öffentlich ihre Wut und Ärger gegenüber der Polizeiwillkür und -razzien zum Ausdruck brachten. Seitdem finden in vielen Städten der Welt alljährlich am 28.6. größere und kleinere Demonstrationen und knallbunte Straßenumzüge von homosexuellen Männern und Frauen statt. Diese bunten Umzüge haben einen weitaus tieferen Sinn als nur das bunte, laute Feiern und Tanzen. Sie sind vielmehr Ausdruck dafür, daß die Schwulen in den meisten Ländern immer noch diskriminiert und benachteiligt werden und auch in sogenannten „Demokratien“ nicht die gleichen Rechte (und Pflichten) haben wie alle „normalen“ heterosexuellen Menschen auch.

Ich schreibe dies, weil ich als SAV-Mitglied - das offen schwul ist - auch das Gefühl habe, daß Homosexuelle auch in der SAV offenbar noch nicht viel Beachtung und Interesse

finden, und dieses sollte sich endlich in unserer Organisation ändern! Tritt die SAV doch aktiv für die Rechte von Minderheiten, wie z.B. AusländerInnen, usw. ein. Von schwulen Männern und Frauen hingegen, ist so gut wie nie die Rede, (auch nicht in der VORAN). Auch das Ignorieren einer Minderheit ist diskriminierend!

Diskriminierend sind auch unsere Gesetze, die es schwulen Männern und Frauen sehr schwer machen, ein normales und gleichberechtigtes Leben in dieser Gesellschaft zu führen. Einige Beispiele:

- Schwule Männer/lesbische Frauen können immer noch nicht ihre/n PartnerIn heiraten und sind dem Gesetz nach gegenüber anderen heterosexuellen eheähnlichen Gemeinschaften stark benachteiligt, auch in steuerrechtlicher Hinsicht.

- Ein homosexueller Mann kann nach wie vor den Lebensgefährten ohne Einwilligung von dessen Angehörigen nicht im Krankenhaus besuchen. Ärzte geben über den Gesundheits-

zustand des Partners keinerlei Auskünfte, wenn die Angehörigen des Partners dies nicht wollen. Das ist für mich die schlimmste und inhumanste Diskriminierung von allen.

- Homosexuelle KZ-Opfer warten noch heute (!) auf finanzielle Entschädigungen seitens des Staates, für die ihnen angelegenen Greuelthaten der Nazis. Und eine moralische „Entschuldigung“ für die NS-Verbrechen an Schwulen und Lesben hat es nach 1945 in Deutschland nie gegeben!

- Noch immer werden homosexuelle Männer und Frauen wegen ihres „Lebensstils“ auch beruflich benachteiligt. Schwule/lesbische Lehrer/innen müssen mit ihrer Entlassung rechnen, sollte es bekannt werden daß er/sie homosexuell ist. Das gilt auch für ganz andere Berufe, an die man nicht sofort denkt.

- Auch bei der Wohnungssuche und in der Nachbarschaft haben Homosexuelle nach wie vor große Probleme mit der Intoleranz der Mitmenschen,

ebenso seitens der Behörden.

Diese Liste könnte ich fast beliebig verlängern. Daher mein Appell an die SAV und alle anderen GenossInnen, ob schwul oder unschwul: Arbeiten wir gemeinsam auch mit den Homosexuellen für eine bessere und humanere Gesellschaft. Schwule und Lesben dürfen weder ausgegrenzt noch benachteiligt oder ignoriert werden, das gilt auch - und gerade! - für unsere marxistische und sozialistische Organisation. Sind doch die Schwulen und Lesben in unserer kapitalistischen Gesellschaft am meisten benachteiligt. Ehrliche und aufrechte Sozialisten können und dürfen dies nicht länger hinnehmen.

Daher sollte sich auch die SAV in Zukunft aktiver und engagierter für die Sache der Schwulen und Lesben einsetzen, mit ihnen zusammenarbeiten (und sicherlich wären so auch neue SAV-Mitglieder zu gewinnen).

**Torsten Behrens,  
Bremerhaven**

## Warum ich bei der SAV mitmache

**Jochen, 30 Jahre alt,  
S-Bahnfahrer, Berlin**

Ich habe früher schon immer den Mund aufgemacht, in der Schule, und später bei der Arbeit. Aber ich habe mich lange nicht gekümmert oder engagiert. Viele Dinge habe ich jedoch schon lange hinterfragt.

Früher wohnte ich in Hamburg, und habe dort eine Menge Elend gesehen, z.B. auf St. Pauli. Seit 12 Jahren lebe ich in Berlin. Ich hab mich dann gewerkschaftlich engagiert. Ein Jahr lang war ich auch mal bei den Guardian Angels, aber das war es auch nicht. Vor der Wende war ich gelegentlich im Osten, auf Montage. Ich habe mich viel mit Ost-Kollegen unterhalten und die Unterschiede im System festgestellt. Teilwei-

se hatten sie dieselben Sorgen wie wir, teilweise andere. Viele Leute im Osten waren falsch informiert über den Westen, so wie ich nichts über den Osten wußte. Dieses Defizit habe ich damals aufgeholt.

Mich kotzt dieses System schon lange an. Ich meine, daß jeder das Recht auf ein anständiges Leben hat, und nicht obdachlos unter eine Brücke schlafen sollte. Heute geht es vielen Ossi schlechter als früher, uns im Westen auch, denn seit der Wende ist es auch hier schlimmer geworden. Wir haben die gleichen Sorgen und dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Ich bin über eine Kollegin auf die SAV gestoßen, die schon Mitglied war. Wir haben viel diskutiert und ich habe sie aus-

gequetscht über die politischen Ziele der SAV. Dabei haben wir festgestellt, daß unsere politischen Überzeugungen ähnlich sind. Ich habe diese Überzeugungen schon länger, habe aber nie Gleichgesinnte oder eine Gelegenheit gefunden, mich po-

litisches zu organisieren. Ich will nicht mit meinem Schicksal hadern, sondern eine Aufgabe suchen, die meiner politischen Überzeugung entspricht, deswegen bin ich in die SAV eingetreten.

## Werde Mitglied der SAV!

- ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
  - Ich möchte Mitglied der SAV werden.
- Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:  
Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln  
Infotelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

## Sozialistische Alternative VORAN - Ortsgruppen

<b>Rostock</b> Donnerstags, 19 Uhr, Augustenstraße 112a Infos unter 03 81/499 65 90	<b>Bremerhaven</b> Mittwochs, 19 Uhr, SAV-Büro, Hafenstr. 64 Infos über Themen unter 04 71 / 41 75 48	<b>Köln</b> Donnerstags, 19 Uhr, Bürgerzentrum Deutz, Tempelstraße 41, U-Bahn Deutzer Freiheit Infos unter 02 21 / 13 45 04
<b>Berlin</b> OG Treptow: montags 19 Uhr, Kinderladen Fun-Fun, Defregger Str. 2, S-Bahn Treptower Park OG Prenzlberg: montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonski Str. 27a, S-Bahn Prenzlauer Allee OG Wedding: donnerstags 19 Uhr, Linkstreff Wedding, Weddingstr. 6, U-Bahn Nauener Platz Infos unter 030 / 4408429 erfragen	<b>Bremen</b> Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschloß, Hastedter Osterdeich 230. Weitere Infos über Bundeszentrale	<b>Frankfurt/Main</b> Donnerstags, 19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Weitere Infos unter 0 69 / 45 32 75
<b>Kassel</b> OG Nordost: freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12 OG West: sonntags, 18.30 Uhr, Cafe Libre, Fr.-Ebert-Str. 171 (gegenüber der Stadthalle) Infos unter 05 61 / 1 64 91	<b>Aachen</b> OG Ost: Montags, 19 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233 OG Nord: Dienstag, 19 Uhr, IGriechische Gemeinde, Rudolfstr. 18 Infos unter 02 41/50 86 85	<b>Stuttgart</b> OG Mitte: Mittwochs, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9 OG Süd-West: Mittwochs 18.30 Uhr, Jugendhaus Hestlach (Böblinger Str. 92)
<b>Siegen</b> Freitags, 19 Uhr, Evangelische Studentengemeinde (ESG), Burgstraße 8 (bei oberen Schloß)	<b>Freiburg</b> Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen	

## SAV-Spendenkonto

Mit der Forderung nach einem „heißen Herbst“ gegen Sparpaket und Kohl-Regierung war die SAV auch im Sommer aktiv. Beim Bizarre-Festival in Köln Ende August wurden ca. 600 DM an Spenden eingenommen und ca. 50 Exemplare der VORAN verkauft. Auch bei Informations-Ständen, z. B. in Rostock und Köln, wurden im Juli und August Ergebnisse von 50-70 DM in einer Stunde erzielt. Unser Frühjahrs/Sommerspendenappell wird Ende August abgeschlossen. Bisher haben wir 7.800 DM eingenommen. Allein 2.480 DM wurden von deutschen Delegierten auf der Schulanfahrt in Belgien im Juli gespen-

det bzw. versprochen. Wenn alle Spendenversprechen eingelöst werden, können wir unser Ziel von 11.500 DM erreichen. 3.500 DM davon gehen an das Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI). Damit werden zwei Reisen finanziert: der Besuch eines Mitarbeiters des KAI in Pakistan und die Teilnahme

am internationalen Kongreß der Zapatisten in Mexico im August.

**Ulf Petersen, Bundeszentrale**

## Spendenkonto

Konto-Nr. 2500 59-430  
Postbank Essen  
(BLZ 360 100 43)

**ABONNIERT VORAN!**

- zehn Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich \_\_\_ Exemplare zum Weiterverkauf (In Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu \_\_\_ DM (ab 30,-)

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgiroamt Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430 - keine automatische Abo-Verlängerung  
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

## Impressum

Überregionale marxistische Monatszeitung  
Erscheint seit 1973  
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.  
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert  
Erscheinungsweise: Monatlich  
Druck: Berger und Bosmann GBR, Kassel  
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln  
Telefon 02 21 / 13 45 04 oder 13 46 04  
Telefax 02 21 / 13 72 80  
e-mail: SAVBUND@aol.com  
Bankverbindung: Postgiroamt Essen (BLZ 360 100 43)  
Konto-Nr. 2500 59-430

Hochschulen

# Maulkorb für Studentenvertretung

Wir veröffentlichen die Pressemitteilung des „Aachener Studentenkomitees gegen Bildungsabbau“ zu einem Urteil gegen die Studentenvertretung (ASTA) an der Gesamthochschule Wuppertal:

„Gegen Androhung eines Ordnungsgeldes in Höhe von

500.000 DM hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf verfügt, daß der ASTA der Gesamthochschule Wuppertal keine politischen Erklärungen mehr abgeben darf, „die nicht spezifisch und unmittelbar hochschulbezogen sind“. Den ASTen Dortmund, Bochum und Köln drohen ähnliche Klagen, die von

einem RCDS-Mitglied beantragt wurden. (RCDS - Ring Christlich Demokratischer Studenten, CDU-nahe hochschulpolitische Gruppe, d.Red.)

Wir protestieren gegen diesen Eingriff in die studentische Selbstvertretung. Die Vertretung der Interessen der Studentenschaft hört nicht bei Studien-

beratung o.ä. auf. Auch die Stellungnahme zu allgemeinen Themen gehört dazu. Das Gerichtsurteil bedeutet im Klartext: Die Studenten dürfen wählen, wen sie wollen, aber die Gewählten dürfen nicht sagen, was sie denken. Das ist Zensur und dient der Einschüchterung der Studierenden. Ähnliche Urteile hat es auch schon gegen engagierte Betriebsräte gegeben.

Wer bestimmt, was „hochschulbezogen“ ist und was nicht? Die Hochschulen gehören zu den Hauptopfern der von Bundes- und Landesregierungen verordneten Sparorgie. Doch wer sich erfolgreich dagegen zu Wehr setzen will, der muß auch erklären können, in wessen Taschen das Geld fließt, das angeblich nicht da ist. Gerade die Studierenden müssen mit anderen Betroffenen zusammenarbeiten (z.B. den Beschäftigten im öffentlichen Dienst) und Stellung zu deren Problemen beziehen. Denn alle - Schüler, Azubis, Arbeitnehmer, Rentner, Sozialhilfeempfänger und Studierende - sind von den Angriffen betroffen. Wir können uns auch nur gemeinsam weh-

**Wir bleiben dabei: Anzeige**  
**Safwan ist unschuldig!**  
**Schluß mit den rassistischen Ermittlungen!**

Diese Feststellung reizt die Staatsanwaltschaft zu Ermittlungen, Razzia und Beschlagnahme (u.a. unseren Computer) ...

Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir werden gerade zum Prozeß mit unseren Positionen weiter für Solidarität mit Safwan streiten!

**Dafür brauchen wir Geld, und zwar viel und dringend!**

Die bisherige Arbeit zum Brandanschlag hat uns (ohne die beschlagnahmten Computer ...) ca. 10.000 gekostet.

**Deswegen:**

Spendenkonto Konto-Nr. 566406 - 201,

Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20,

Kontoinhaber (bitte unbedingt angeben!):

Christoph Kleine. Danke!

**Lübecker Bündnis gegen Rassismus**



Studierende gehen zu politischen Themen auf die Straße: dem CDU-Nachwuchs ein Dorn im Auge

Schule

## Schlechte Noten für „schlechte“ Gedanken

Das ist die Geschichte von dem kleinen Sozialisten der seine eigene Meinung hat und sie auch noch sagt. Der kleine Sozialist, nennen wir ihn einfach Mike, ging immer fleißig zur Schule, machte seine Hausaufgaben und arbeitete immer fleißig im Unterricht mit.

Besonders fleißig machte er im Politik- und Wirtschaftsunterricht mit. Normalerweise freut sich der Lehrer immer, wenn ein Schüler im Unterricht fleißig mitarbeitet, außer bei Mike. Egal was der kleine Mike auch sagte, der große Lehrer stellte ihn als Träumer hin und wußte immer alles besser.

Mike ließ sich aber nicht unterkriegen, er machte unbeirrt weiter. Er redete von der Ungerechtigkeit dieses Systems und von den Schweinereien der Regierung. Mike erzählte vom Sozialismus und vom gemeinsamen Kampf.

Doch das alles mißfiel dem Lehrer sehr, und so begab es sich eines Tages, daß eine Klassenarbeit geschrieben werden sollte. Im Unterricht gab es keine Möglichkeiten, gegen die Argumente des äußerst konservativen Lehrers anzukommen. Denn

immer wenn der kleine Sozialist Mike etwas sagte, wurde er unterbrochen oder der Lehrer hörte erst gar nicht zu. Die Klassenarbeit war die große Chance. Jetzt war der Zeitpunkt gekommen, wo sich der Lehrer mit Mike's Argumenten auseinandersetzen mußte.

Nach einer intensiven Vorbereitungsphase war es soweit. Der Tag der Vergeltung war gekommen. Mike wußte, daß es nicht einfach sein würde, zu gewinnen, aber er war auf alles vorbereitet.

Die Klassenarbeit bestand aus einem politischen Teil und einem Wirtschaftsteil. Mike beantwortete alle Fragen ohne Probleme. Nur eine Frage fiel Mike besonders auf: „Welche Gruppen innerhalb der Gesellschaft treiben die Arbeitslosenzahlen künstlich in die Höhe?“. Der kleine Sozialist war sich sicher - das konnte nur eine Fangfrage sein. Natürlich gibt es niemanden, der die Arbeitslosenzahlen künstlich in die Höhe treibt. Mike antwortete, wie er meinte, genau das Richtige: Es gibt nur Gruppen, die versuchen, die Arbeitslosenzahlen so niedrig wie möglich darzustellen, z.B. Politiker und Regie-

rung und die Medien.

Mike war sich seiner guten Note schon sicher, schließlich hatte er seine Antworten mit Fakten und Zahlen untermauert. Eine Woche später bekamen alle ihre Arbeit zurück. Ganz anders als erwartet hatte Mike gar keine gute Note. Für die Antwort auf die Frage nach den Arbeitslosenzahlen hatte der Lehrer ihm null Punkte gegeben. (Die „richtige“, d.h. die von dem konservativen Lehrer gewünschte Antwort auf die Frage, „Wer treibt die Zahlen in der Arbeitslosenstatistik in die Höhe?“, lautete: Die Arbeitslosen, die gar nicht arbeiten wollen, und die Ausländer. Darauf war der kleine Mike leider nicht gekommen.) Dummerweise war das die Frage mit der höchstmöglichen Punktzahl. Obwohl Mike alle anderen Fragen „richtig“ hatte, bekam er als Gesamtnote nur ein „Ausreichend“.

Weil Mike im Unterricht in den Augen des Lehrers nur Falsches und Unwahrheiten sagte, bekam der kleine Sozialist auch auf dem Zeugnis nur ein „Ausreichend“. Mike weiß jetzt: der Lehrer hat immer das letzte Wort.

ein Siegener Schüler



## Trainspotting: Sehenswerter Videoclip

„Sag ja zum Leben, sag ja zum Job, sag ja zur Karriere, sag ja zur Familie. Sag ja zu einem per-servers-großen Fernseher.“ So spricht Hauptdarsteller Mark Renton zu Beginn eines der erfolgreichsten und meistdiskutierten Filme von der britischen Insel - Trainspotting (Untertitel „neue Helden“). Um gleich darauf hinzuzufügen: „Aber warum sollte ich das machen? Ich habe nein gesagt zum Ja-sagen.“

Haben wir es bei Mark Renton mit einem Revolutionär zu tun, der die allgemeingültigen Werte des bürgerlichen Lebens verneint, um zu positiveren Werten Ja zu sagen? Nein, Mark sagt Ja zu Heroin.

Trainspotting beschreibt die Geschichte einer Freundschaft in einem Vorort Edingburghs: Mark, Spud, Sick Boy sind Fixer und sie haben (nicht selten) ihren Spaß dabei. Als Sick Boy seiner Freundin den ersten Schuß setzt, heißt es: „Nimm den besten Orgasmus Deines Lebens, nimm ihn mal 1000 und Du bist noch nicht einmal nah dran.“

Weshalb der Film ins Kreuzfeuer der Kritik geraten ist: er reizt an, Heroin zu nehmen. Richtig ist sicher, daß die HauptdarstellerInnen viel zu schön, sauber und nett sind.

Renton geht auf Entzug, wird

clean, arbeitet dann erfolgreich bei einem Makler, zieht noch einen Deal mit seinen Kumpels durch, haut sie anschließend übers Ohr und endet als erfolgreicher Ja-Sager - die Story ist unrealistisch und gibt die Realität der Mehrheit der Fixer in heruntergekommenen Vorstädten nicht wieder.

Doch der Film verherrlicht die Droge und die Sucht nicht. Im Gegenteil: eindrucksvoll wird die Abgestumpftheit der Fixer dargestellt, wenn Allison ihr Baby tot im Laufstall findet, zwei Minuten hysterisch ausrastet und dann nur an den nächsten Flash denken kann. Ebenso packend wird Rentons Entzug gezeigt, der den Zuschauer in die durchgedrehte Empfindungswelt der Hauptfigur entführt.

Doch das Ausbrechen der Freunde aus der Alltags- in die Drogenwelt, die Art von Freundschaft, die zwar nur oberflächlich eine ist, wenn Mark sagt: „Bebie ist ein Arsch, aber er ist ein Kumpel“, all das übt auf Jugendliche, die in der kapitalistischen Eilbogengesellschaft aufwachsen, eben einen, durchaus perversen, Reiz aus. Trotz der unübersehbaren Tatsache, daß ein Fixerdasein einfach scheiße ist. Welcher Jugendliche hat sich nach der Lektüre von Christiane

nächsten? Unsere ausländischen KommilitonInnen oder z.B. Studierende aus Arbeitnehmerfamilien? Die Diskussionen um Studiengebühren und das Gerichtsurteil zeigen den Weg! Daß sich der RCDS darüber freut, ist nicht erstaunlich. Denn er setzt konsequent die Politik der Kohlregierung in den Hochschulen um.“

F.'s Bestseller nicht gefragt „Soll ich das auch mal probieren?“

Regisseur Danny Boyle hat keinen Dokumentarfilm gedreht und auch nicht diesen Anspruch erhoben. Drehbuchautor Hodge sagt: „Wir sind nicht angetreten, um den Leuten eine Predigt zu halten.“

Der Film ist schnell und modern, immer unterlegt mit dem richtigen Song, ist es ein typischer Film des MTV-Zeitalters. Er ist witzig, ohne geschmacklos zu werden.

Die eigentliche Schwäche des Films: Die Figuren werden nicht in ihrem sozialen Umfeld dargestellt, sondern fallen vom Himmel. Warum sie an der Nadel hängen, wird nicht deutlich, es scheint eine freie Entscheidung zu sein. In einer Szene wird der Eindruck vermittelt, einen Job zu kriegen wäre gar nicht so schwer. Dieses Bild wird dadurch verstärkt, daß Renton, einmal clean, sofort einen Job in einem Maklerbüro in London erhält. Die soziale Realität in Großbritannien wird nicht erfaßt.

Das ist der Hauptgrund, weshalb Trainspotting eigentlich nicht mehr als ein sehenswerter neunzigminütiger Videoclip ist.

Sascha Stanicic

Europäische Sommerschulung des Komitees für eine Arbeiterinternationale (KAI)

# Sozialismus international



Vom 14. bis 21. Juli trafen sich im belgischen Gent 250 Sozialistinnen zur diesjährigen europäischen Sommerschulung des Komitees für eine Arbeiterinternationale (KAI, englisch CWI - Committee for a Workers' International), dabei auch Delegierte aus Südafrika, Australien und den USA sowie Gäste aus Südkorea.

Die SAV ist die deutsche Sektion des Komitees für eine Arbeiterinternationale und war mit 32 Teilnehmern vertreten.

## Globalisierung

Unter dem Stichwort „Globalisierung“ wurden die Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft diskutiert. Dieser Begriff ist mit einer Reihe von Mythen verbunden, die im Zuge der Diskussion erklärt wurden.

Der bis Mitte der 70er Jahre andauernde Aufschwung nach dem zweiten Weltkrieg hat zu einer massiven Ausdehnung des Welthandels und der Produktion geführt. Unter der uneingeschränkten Vorherrschaft des US-amerikanischen Kapitals wurden Handelshemmnisse abgebaut. Dank moderner Produktionsmethoden und Technologien konnte die weltweite Arbeitsteilung weiterentwickelt werden. Die Welt wird von international operierenden Konzernen beherrscht. Insofern ist die Wirtschaft „globalisiert“.

Die Arbeiter konnten Verbesserungen ihrer Lage durchsetzen – aber überwiegend nur in den entwickelten Industriestaaten. Und bereits Mitte der 70er Jahre war ein Punkt erreicht, an dem das private Profitstreben der großen Konzerne und Banken, die gewaltige Anhäufung von Kapital bei einer kleinen Minderheit der Weltbevölkerung die Entwicklung ins Stocken brachte. Seit über 20 Jahren gibt es in allen Industriestaaten steigende Massenarbeitslosigkeit und stagnierenden oder sinkenden Lebensstandard. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität machte keine großen Sprünge mehr, trotz Einsatz neuer Technologien. Der Konkurrenzkampf um die schrumpfenden Märkte ver-

schränkte sich zunehmend.

Die Konkurrenz zwischen Unternehmen und Staaten wird durch die Globalisierung nicht aufgehoben, international operierende Konzerne lösen sich nicht von ihrer staatlichen Basis. Die Heimatstaaten der Konzerne sind eine unverzichtbare Stütze im Kampf um Märkte und Macht und nicht zuletzt als Quelle direkter und indirekter Subventionen, z. B. bei Forschung und Entwicklung. Die 5.000 Top-Konzerne wickeln zwei Drittel ihrer Operationen innerhalb ihrer Heimatstaaten bzw. -regionen ab. Die Formierung regionaler Handelsblöcke ist ein Ausdruck davon.

Von den 500 größten Konzernen der Welt haben nach offiziellen Angaben nur drei keinen völlig eindeutigen Heimatstaat, nämlich Shell, Unilever und ABB. Und selbst in diesen Fällen ist fraglich, ob sich durch Verschiebung der schwerer durchschauenden Eigentumsverhältnisse nicht ein Wechsel

orte gedroht, natürlich mit dem Ziel, die Gelegenheit zur Senkung von Löhnen und Standards zu nutzen.

Die meisten Arbeitsplätze gehen jedoch nicht durch Verlagerung, sondern nur durch Rationalisierungen unter den Bedingungen der Marktwirtschaft verloren.

„Globalisierung“ wird als Kampfbegriff genutzt, um die Angriffe der Unternehmer als unvermeidbares Ergebnis einer objektiven Entwicklung darzustellen. Das gleiche gilt für die Politik der Regierungen und Parteien. „Globalisierung“ ist für sie ein Schlagwort, um von ihrer Verantwortung abzulenken.

Globalisierung trifft insgesamt weniger auf die Produktion, sondern vielmehr auf die Finanzmärkte zu. Die Finanzmärkte, also der internationale Fluß des Kapitals auf der Jagd nach Profiten, wurden in den 80er Jahren weitgehend liberalisiert und dereguliert. Dadurch entziehen sie sich inzwischen weitgehend der

Weg entschieden – und übrig bleibt dann letztlich nur eine Politik à la Thatcher.

Sozialkürzungen, Privatisierung und Angriffe auf die Lohnabhängigen werden heute von allen betrieben, ob rechte bürgerliche Parteien, Sozialdemokraten oder Ex-Kommunisten.

## Aussichten für Europa

Die Weltwirtschaft wird weiter dahindümpeln, die Aufschwünge sind inzwischen zu schwach, um auch nur das weitere Ansteigen der Arbeitslosigkeit aufzuhalten. Eine tiefe akute Krise der Weltwirtschaft wie 1929 ist in den nächsten Jahren möglich, sie könnte durch einen Einbruch an den Börsen ausgelöst werden. Die Profitaussichten für das Kapital verschlechtern sich, und so werden die Angriffe auf die Arbeiter und die Armen verstärkt. Die unterentwickelten Regionen der Welt sind völlig abgeschrieben, mit Ausnahme der Wachstumsregionen in Südostasien.

Dieses System bietet uns keine Zukunft. Diese Erkenntnis ist nicht neu, sie wurde jedoch von den Führungen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften über Bord geworfen, vor allem seit dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten.

Die Arbeiter beginnen sich international zu wehren. Die Schulung stand unter dem Eindruck der Bewegung in Frankreich vom Winter 1995, von der die 40köpfige französische Delegation ausführlich berichtete.

Für die jetzigen Bewegungen – in Deutschland stärker noch als in Frankreich – gilt jedoch, daß sie sich vorerst gegen die Auswirkungen der Krise der Marktwirtschaft richten, nicht gegen die Marktwirtschaft selbst. In der nächsten Zeit wird

## Eine nachhaltige Politik der Reformen und der staatlichen Wirtschaftsankurbelung wie in den 60er und 70er Jahren ist auf kapitalistischer Grundlage in der heutigen Epoche ausgeschlossen.

Der Druck für Gegenwehr sich verstärken, große Protest- und Streikbewegungen sind auch länderübergreifend möglich.

Sozialistische Schlußfolgerungen werden im Zuge dieser Kämpfe gezogen werden. Die politische Radikalisierung wird jedoch an den alten Arbeiterparteien vorbeigehen. Sie sind dabei, sich vollständig in bürgerliche Parteien umzuwandeln. Bei der britischen Labour-Party unter Tony Blair wurde diese Umwandlung in sehr kurzer Zeit abgeschlossen, bei anderen Parteien ist er mehr in die Länge gezogen. Auch relativ neue Organisationen wie die PDS in Deutschland, die Linkspartei in Schweden oder die Vereinigte Linke in Spanien müssen recht schnell Farbe bekennen und sind in ihrer Politik zum Teil nicht weit von den alten Arbeiterparteien entfernt. Ein Ausnahmefall scheint die Rifondazione Comunista (Kommunistische Neugründung) in Italien zu sein, die bisher noch keine rechte, bürgerliche Politik in der Praxis mitgetragen hat und Zulauf unter Jugendlichen und Arbeitern



Internationale Konzerne (wie Shell) und die Militärdiktatur in Nigeria arbeiten Hand in Hand. Das KAI organisiert eine internationale Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen in Nigeria

## „Globalisierung“ wird als Kampfbegriff genutzt, um die Angriffe der Unternehmer als unvermeidbares Ergebnis einer objektiven Entwicklung darzustellen.

der staatlichen Heimatbasis ergeben hat.

Die behauptete Tendenz zu „transnationalen“ (= übernationalen) Konzernen, die gewissermaßen über den Nationen schweben, ist also ein reiner Mythos.

Dank moderner Technologie kann Billiglohnarbeit in der unterentwickelten Welt in einigen Bereichen der Produktion inzwischen besser ausgenutzt werden. Ein spektakuläres Beispiel ist die Verlagerung von Software-Produktion nach Indien. Nichts Neues ist, daß vor allem arbeitsintensive Industrien (z. B. Textilproduktion) verlagert werden. Im Durchschnitt der multinationalen Konzerne machen die Arbeitskosten nur 20 Prozent der Gesamtkosten aus. Bei der Entscheidung zu Auslandsinvestitionen steht für die Unternehmer an erster Stelle nicht die Lohnhöhe, sondern der bessere Zugang zu ausländischen Märkten und die Überwindung von Handelsschranken. Dennoch wird in jedem Land den Arbeitern mit der Verlagerung an billigere Stand-

Kontrolle durch die Regierungen.

Es gibt kurzfristig wenig Spielraum für eine Politik der schrittweisen Verbesserungen im Rahmen des Kapitalismus oder auch nur eine Abmilderung der schlimmsten Krisen. Ein stärkeres staatliches Eingreifen ist jedoch im Zuge künftiger schwerer Krisen durchaus möglich. Aber eine nachhaltige Politik der Reformen und der staatlichen Wirtschaftsankurbelung wie in den 60er und 70er Jahren ist in der heutigen Epoche auf kapitalistischer Grundlage ausgeschlossen. Damit wurde sozialdemokratischer bzw. reformistischer Politik der Boden entzogen.

Die Schlußfolgerung heißt aber nicht, daß eine Politik im Interesse der Arbeiter nicht in einem Land begonnen werden könnte. Der Kampf muß bloß international und mit der Perspektive einer sozialistischen Umgestaltung geführt werden.

Die Führungen der sozialdemokratischen oder auch ex-kommunistischen (bzw. stalinistischen) Parteien haben sich schon seit langem gegen einen solchen

hatte. Aber in der Partei fehlt eine klare marxistische Opposition gegen die Führung, die mit einer konstruktiven Kritik den Kurs Richtung Anpassung bekämpft.

Das KAI orientiert auf den Aufbau neuer Arbeiterparteien und unterstützt Initiativen in diese Richtung.

So hat die britische Sektion des KAI, Militant Labour, die Gründung der Socialist Labour Party (SLP) durch den Bergarbeiter-Führer Arthur Scargill begrüßt und Unterstützung angeboten. Gleichzeitig haben wir die Initiative für die Bildung breiter Sozialistischer Allianzen

Das KAI ist in 30 Ländern vertreten. In den nächsten Jahren sind schnelle Entwicklungen für das KAI und seine Sektionen möglich, da es ein großes Vakuum für Arbeiterinteressen eintritt und einen Ausweg aus der Misere des Kapitalismus aufzeigt.

In Pakistan ist JIT, die pakistanische Sektion des KAI, die einflussreichste Kraft auf der Linken. Innerhalb eines Jahres hat sich die Mitgliedschaft auf 700 verdoppelt, eine Reihe von Gewerkschaftsführern und Führern von Bauernorganisationen sind Mitglied geworden.

In West-Dublin konnte unsere irische Sektion bei Nachwahlen mit 22 Prozent der Stimmen fast einen Parlamentssitz holen. Der Erfolg unseres Kandidaten hat das gesamte Establishment überrascht und schockiert.

Die Diskussion auf der Schulung hat deutlich gemacht, daß das KAI nicht nur aus einer Anzahl von Sektionen besteht, die für sich gute Arbeit machen, sondern auch den politischen und organisatorischen Kern einer internationalen revolutionären Partei darstellt. In den letzten Jahren gab es auch viele Diskussionen mit anderen linken Organisationen und Aktivisten. Einige haben sich dem KAI angeschlossen, mit anderen läuft die Zusammenarbeit oder weitere Diskussionen.

Eine wichtige Aufgabe ist trotz unserer noch begrenzten Kräfte auch die praktische Hilfe für Arbeiter im Kampf und die Organisation internationaler Solidarität. Bei der Schulung stand die Kampagne für die nigerianische Sektion im Mittelpunkt, die im Augenblick unter den massiven Angriffen der Militärdiktatur leidet. In den letzten beiden Jahren konnte das KAI auch erfolgreiche Unterstützung für kämpfende Arbeiter organisieren, so für die Liverpooler Hafnarbeiter und Busfahrer in Dänemark und Indien.

Ulf Petersen,  
SAV-Bundesvorstand



Demonstration in Rouen mit der Forderung nach Generalstreik: über die Massenbewegung in Frankreich im Dezember 1995 berichtete die französische Delegation.





# Ein Jahr Arbeitskampf

Seit 29. September 1995 kämpfen die Liverpooler Hafenarbeiter gegen die Einführung von Gelegenheitsarbeit, drastische Lohnsenkungen und die Zerschlagung gewerkschaftlicher Strukturen.

Der Arbeitskampf begann damit, daß Torside Ltd., eine Tochterfirma des Hafenbetreibers, Mersey Dock and Harbour Company (MDHC), fünf Beschäftigte entließ, weil diese die Einführung von Gelegenheitsarbeit und massive Lohnsenkungen nicht akzeptieren wollten. 80 KollegInnen, die sich mit ihnen solidarisierten, wurden ebenfalls sofort gefeuert. Die Torside-Beschäftigten organisierten Streikposten, die anderen Hafenarbeiter weigerten sich, die Streikpostenkette zu durchqueren und wurden ebenfalls gefeuert. Seitdem kämpfen 500 entlassene Hafenarbeiter um ihre Wiedereinstellung.

MDHC hat den Streik bewußt provoziert. Wirtschaftliche Not litt die Firma vor dem Streik nicht. Bei einem Umsatz von 130 Millionen Pfund ist ein Profit von 36 Millionen Pfund nicht gerade ein schlechtes Ergebnis. Aber es geht ums Prinzip. Ziel ist es, den Hafen gewerkschaftsfrei und die Beschäftigten rechtlos zu machen. MDHC dachte, daß sie die Streikenden mit Hilfe der britischen Antistreikgesetze und der Polizei schnell klein kriegen würden. Sie haben sich sehr getäuscht.

Die Gewerkschaftsführung

weigerte sich, den Kampf zu unterstützen, aus Angst vor den britischen Anti-Gewerkschaftsgesetzen. Stattdessen haben die Vertrauensleute und die KollegInnen ihren Kampf selbst organisiert. Auf regelmäßigen Massenversammlungen werden alle wichtigen Fragen diskutiert und entschieden.

Sie erhielten von Anfang an große Unterstützung der Liverpooler Bevölkerung, z.B. durch Großdemonstrationen und Geldsammelungen. Die Frauen und Lebensgefährtinnen der Hafenarbeiter gründeten eine eigene Organisation, „Women of the Waterfront“ (Frauen des Hafenviertels), die von Outing-Aktionen gegen Streikbrecher bis zu Solidaritäts-Rundreisen im ganzen Land eine Vielzahl von Aktivitäten organisiert. Immer wieder wurde der Hafen durch Massenstreikposten blockiert. Zwischendurch wurden noch 100.000 Unterschriften gesammelt.

## Weltweite Solidarität

Das Bemerkenswerteste dieses Streiks ist aber die weltweite Solidarität. Delegationen der Hafenarbeiter fuhren nach Australien, Neuseeland, den USA, Kanada, Griechenland, Italien, Spanien, Irland, Frankreich, Belgien, Schweden, der Türkei, Israel. In den meisten dieser Länder gab es Solidaritäts-Aktionen. Schiffahrtslinien, die Liverpool anlaufen, sollen gezielt

getroffen werden, damit sie ihrerseits wieder Druck auf MDHC machen. Tatsächlich haben sich teilweise Schiffahrtslinien aus Liverpool zurückgezogen, bis der Konflikt beigelegt ist.

Ebenfalls wichtig ist die finanzielle und moralische Solidarität, aus den erwähnten Ländern, aber auch aus Japan, Südafrika, den Niederlanden, Belgien, Finnland, Dänemark, Norwegen und Peru.

Im Februar fand eine interna-

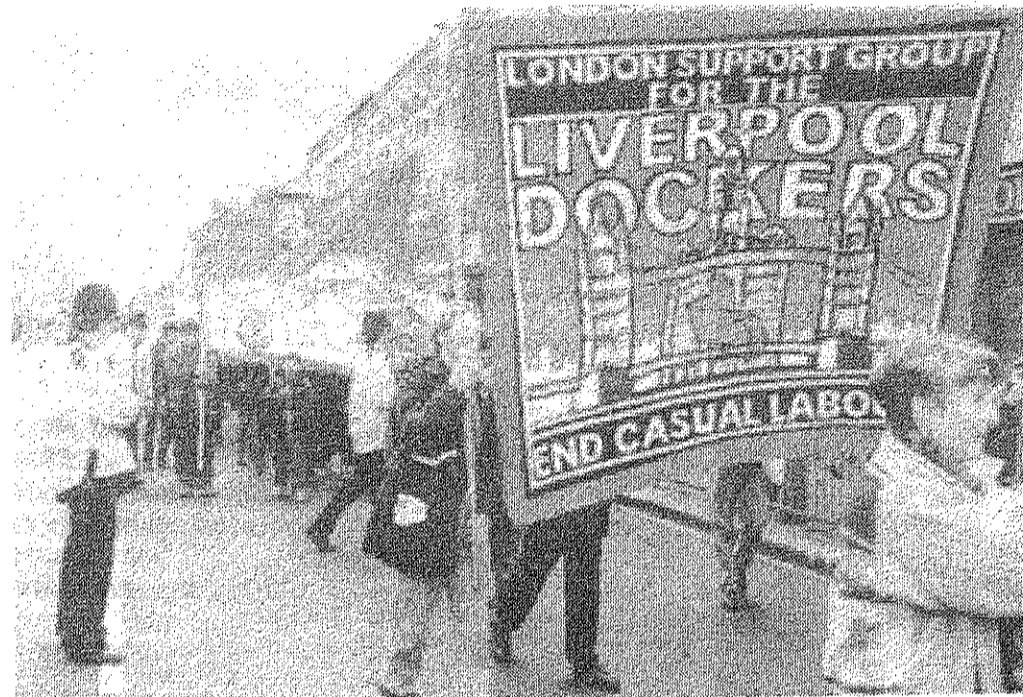
tionale Konferenz in Liverpool statt, auf der Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Frankreich, Belgien, Deutschland, Irland, Schweden, die USA, Kanada, Australien und Neuseeland vertreten waren.

Die KollegInnen haben in diesem Arbeitskampf ungeheure Opfer gebracht, an Zeit und Kraft, aber auch an Geld. Sie wissen, daß sie nicht nur für sich kämpfen. Es geht ihnen darum, die immer weitere Ausbreitung ungeschützter Arbeits-

verhältnisse zu verhindern.

MDHC hat durch den Streik erhebliche Verluste, ihre Aktien haben 135 Millionen Pfund an Wert verloren. Inzwischen würden sie gern nachgeben, aber die Angst, daß ein Erfolg des Streiks ArbeiterInnen in ganz Großbritannien und weltweit Mut machen würde, läßt sie noch hart bleiben. Wer den längeren Atem haben wird, hängt auch von unserer Solidarität ab.

**Wolfram Klein,  
Stuttgart**



Die Vertrauensleute und die KollegInnen haben ihren Kampf selbst organisiert. Auf regelmäßigen Massenversammlungen werden alle wichtigen Fragen diskutiert und entschieden.

## Indonesien

Indonesien erlebt die schwersten Unruhen seit 30 Jahren. Im Juli ließ die Regierung das Gebäude einer Oppositionspartei, der demokratischen Partei Indonesiens (PDI) gewaltsam räumen. Daraufhin zogen aus Protest 10.000 Menschen durch die Straßen der Hauptstadt Jakarta, setzten Autos, Barrikaden und Bürohäuser in Brand. Das Militär ging brutal gegen sie vor und erschoss zwei Demonstranten.

Indonesiens Diktator, Staatschef Suharto, einer der reichsten Männer Asiens, will sich 1998 zum siebten Mal im Amt bestätigen lassen. Gegen Vetternwirtschaft, Korruption und brutale Unterdrückung seiner herrschenden Clique begehren inzwischen nicht nur Gewerkschafter und Bürgerrechtler auf, sondern auch der Mittelstand. Suharto versorgte jahrzehntlang seine Verwandten und Freunde mit lukrativen Regierungsaufträgen und Handelskonzessionen.

## Jordanien

Unruhen in ganz Jordanien gab es im August wegen der Erhöhung der Preise für Brot und Milchprodukte. Damit war die jordanische Regierung den Vorgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) gefolgt, der die Vergabe von Krediten von einer Streichung der Nahrungsmittel-Subventionen abhängig gemacht hatte. Die Unruhen erfaßten weite Teile des Landes und die Hauptstadt Amman, wo es zu schweren Straßenschlachten zwischen Bewohnern und der Polizei kam. König Hussein reagierte mit Ausgangssperren und militärischem Einsatz und beschuldigte den Irak als Drahtzieher. Inzwischen sicherte die Regierung zu, die Preise für Milchprodukte zu überprüfen, die Brotpreiserhöhung jedoch beizubehalten. Demonstranten erklärten, die Proteste würden so lange weitergehen, bis die Regierung ihr Sparprogramm zurückziehe.

Seit der letzten Wirtschaftskrise und damit verbundenen Unruhen im Jahr 1989 kontrolliert der IWF die jordanische Wirtschaft. Heute geht es der vier Millionen zählenden jordanischen Bevölkerung schlechter als 1989, ein Drittel lebt unterhalb der Armutsgrenze.

## Armut

Nach dem UN-Bericht über die menschliche Entwicklung 1996 liegt das Einkommensniveau in 70 Entwicklungsländern unter dem Niveau der 60er und 70er Jahre. Die Wirtschaftskrise sei in vielen Ländern „tiefergreifender als in den 30er Jahren“. Die Wasserversorgung pro Kopf der Bevölkerung in der Dritten Welt ging seit 1970 um zwei Drittel zurück. Gleichzeitig würden jährlich 800 Milliarden Dollar für Waffen und Soldaten ausgegeben.

## Australien

# Arbeiter stürmten Parlament

Mit dem Ruf „Eine geeinte Arbeiterschaft wird nie besiegt“ und den roten Fahnen der Gewerkschaften haben Arbeiter am 19. August in der australischen Hauptstadt Canberra den Sitz des Parlaments gestürmt. Die Aktion ging aus von einer Protestkundgebung des Gewerkschaftsbundes ACTU gegen die Sparpolitik der Regierung.

Die konservative Regierung unter Premierminister John Howard war erst im März 1996 ins Amt gekommen und hatte die 13 Jahre lang regierende Labor Party (Arbeiterpartei) abgelöst. Schon zur Labor-Amtszeit war der Lebensstandard drastisch gesunken, soziale und gewerkschaftliche Rechte beschnitten worden. Die australische Labor-Party war in dieser Hinsicht „Vorbild“ auch für europäische

Sozialdemokraten wie Tony Blair von der britischen Labour Party.

Die neue konservative Regierung setzte entgegen ihrer Wahlversprechen noch eins drauf. Sie verkündete eine drastische Ausgabenkürzung für den Haushalt 1996/97, besonders bei der Sozialhilfe, der Unterstützung der verarmten Ureinwohner und bei der Bildung. Außerdem legte sie eine neue

Arbeitsgesetzgebung vor, die ermöglichen soll, das an die Gewerkschaften gebundene Tariflohnsystem durch Einzelarbeitsverträge zu ersetzen.

Dadurch brachte sie die Arbeiter, ihre Gewerkschaften, die Studenten und Ureinwohner gegen sich auf, die zum Kampf gegen die Regierungspolitik Bündnisse bildeten.

An der Kundgebung, die vom Gewerkschaftssekretär Bill Kelty

als „die erfolgreichste Kundgebung in der Geschichte Australiens“ bezeichnet wurde, beteiligten sich entsprechend auch Ureinwohner und Studenten, insgesamt 25.000.

Einen Sturm auf das Parlament hatten die Gewerkschaftsoberen allerdings nicht geplant, doch es gelang ihnen nicht, die DemonstrantInnen davon abzuhalten. Sie zertrümmerten den Eingang und stürmten die „große Halle“ des Parlaments. Erst zusätzlich herbeigerufene Einheiten der Bereitschaftspolizei schlugen die Demonstranten blutig zurück: Es gab 80 Verletzte auf beiden Seiten und 60 Verhaftungen.

Ursprünglich waren Gespräche und Verhandlungen zwischen den Gewerkschaftsführern und Premierminister Howard angesetzt. Aber nach der Aktion mochte er nicht mehr mit ihnen reden und warf sie aus seinem Amtszimmer. Howard: „Die Verantwortung für diesen Aufruhr trägt die Gewerkschaftsführung.“ Auch der Labor-Oppositionsführer Kim Beazley distanzierte sich von der Aktion.

Der Vorsitzende der Fertigungsarbeiter, Cameron, machte dagegen die Politik der Regierung dafür verantwortlich, die „die australische Gesellschaft zerrissen“ habe.

Wo die Parteien einschließlich Labor zum Verwechseln ähnliche Politik gegen Arbeitnehmer und Arme machen, nehmen die Betroffenen ihre Interessen eben selbst in die Hand. Und wenn der Bogen überspannt wird, kann auch eine verhandlungswillige Gewerkschaftsführung den Damm nicht mehr halten.



Australische Arbeiter beim Kampf gegen Sozialabbau auf französische Art...

Nordirland: „Friedensprozeß“ in der Sackgasse I

# Frustration auf allen Seiten

1994 verkündete die IRA einen Waffenstillstand, bald darauf auch die protestantischen Paramilitärs. Ein wesentlicher Faktor für den Waffenstillstand war eine Stimmung in großen Teilen beider Bevölkerungsgruppen für eine Ende der seit 25 Jahren andauernden Auseinandersetzungen in Nordirland. Politiker von Clinton bis Major zeigten sich zuversichtlich, Nordirland zu befrieden. Seitdem laufen Verhandlungen im Rahmen des sog. Friedensprozesses ab, der allerdings bisher wenig Ergebnisse brachte, u.a. weil die britische Regierung die Teilnahme von Sinn Fein (politischer Flügel der IRA) an den Verhandlungen blockiert.

Die Hardliner im Lager der Katholiken gewannen dadurch Oberhand und zündeten erneut Bomben in England und Europa. Die Hardliner im Lager der Protestanten nutzten dann in diesem Sommer die Frage der protestantischen Paraden zu Provokationen, die zum Wiederaufleben heftiger Straßenschlachten führten.

Noch im Frühjahr hatte sich unter der Parole „Kein Zurück“ eine Massenbewegung aus beiden Bevölkerungsgruppen gegen eine Wiederaufnahme der militärischen Auseinandersetzungen entwickelt. Doch die Ereignisse um die Märsche im Sommer führten zu erneuter Polarisierung und pogromartigen Ausschreitungen.

Im Rahmen der Friedensverhandlungen wurde Ende Mai das „Nordirische Forum“ aus 110 Abgeordneten gewählt, in dem die 10 wichtigsten Parteien und Organisationen Nordirlands vertreten sind. Fast alle von ihnen vertreten entweder die katholische oder die protestantische Seite. Die „Labour Koalition“, ein Zusammenschluß aus linken Arbeiterorganisationen und Einzelpersonen, ist eine von drei übergreifend organisierten Parteien im Forum. Initiator sowohl der „Kein Zurück“-Bewegung als auch der Labour Koalition war Militant Labour, die nordirische Schwesterorganisation der SAV.

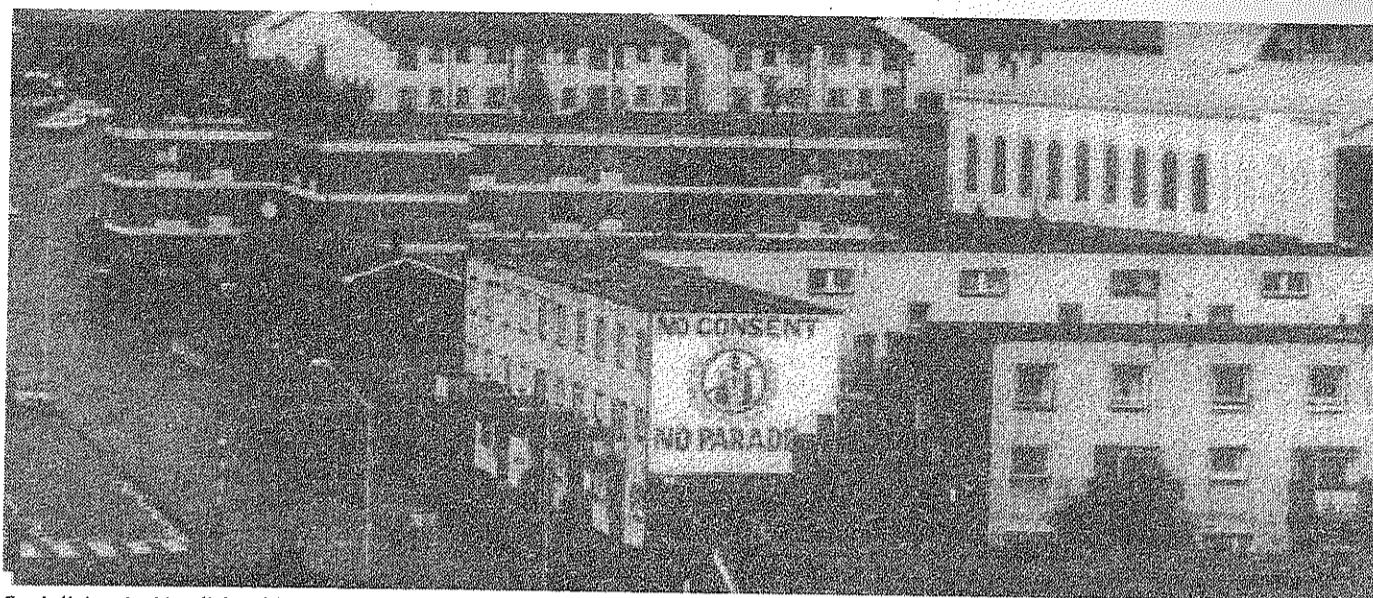
Untenstehendes Interview führten wir mit Peter Hadden von Militant Labour zur aktuellen Lage und den Perspektiven.

**Was ist der Hintergrund für die erneuten Unruhen in diesem Sommer?**

Die nationale Frage in Nordirland muß vor dem Hintergrund einer veränderten Stimmung gesehen werden. In wachsendem Maße sehen sich inzwischen beide Bevölkerungsgruppen als Minderheiten. Unter den Katholiken besteht das Gefühl fort, daß sie eine verfolgte Minderheit in einem protestantischen Staat sind.

Bei den Protestanten sind die alten Sicherheiten verfallen. Die

sie mit der Existenz des unionistischen Staates (Union mit Britannien) verbanden. Alle politischen Führer der Unionisten haben den Friedensprozeß als eine Verschwörung zwischen den britischen und südirischen Regierungen dargestellt, um die Protestanten in ein vereinigtes Irland zu zwingen. Das Gefühl verbreitet sich, daß die Politik nicht mehr vor Ort gemacht wird, sondern in den Händen irischer und internationaler Politiker liegt, und daß vor diesem Hintergrund die Protestanten



Sozialisten in Nordirland bemühen sich um Übereinkünfte zwischen den Bevölkerungsgruppen

die Minderheit seien, deren Rechte mißachtet werden.

**Wie seid ihr mit dem Problem der protestantischen Märsche im Sommer umgegangen?**

Die Märsche und Paraden der Orangisten sind hinsichtlich ihrer Geschichte und ihres Charakters klar triumphalistisch. Der Orange Order war immer eine Waffe des Establishments gegen soziale Bewegungen. Nichtsdestotrotz gibt es eine breite Schicht von Protestanten, die nichts mit dem Orange Order zu tun haben wollen, aber dennoch deren Haltung zur Durchführung der Paraden unterstützen. Die Stimmung in diesen Schichten kommt nicht aus dem Geist des Triumphalismus, sondern aus der Frustration darüber, daß sie ihre kulturellen und demokratischen Rechte behindert sehen. Die Stimmung nährt sich aus dem Gefühl, daß die Protestanten jetzt eine hilflose Minderheit gegenüber einer mächtigen gesamt-nationalen Offensive seien.

Es wäre ein großer Fehler, die Wut zu unterschätzen, die in den protestantischen Vierteln über die Blockierung und Umleitung der Paraden besteht. Auch mit diesen Stimmungen muß man sensibel umgehen.

**Aber was ist mit der katholischen Bevölkerung? Nachdem zunächst versucht wurde, die Märsche zu verhindern oder umzuleiten, sind sie doch schließlich mit brutalem Polizeieinsatz in den katholischen Vierteln durchgesetzt worden.**

Wir müssen sowohl die Wut in den katholischen Gebieten gegenüber den triumphalistischen Paraden berücksichtigen als auch das Gefühl der Protestanten, daß ihr Recht zu marschieren in un-

es nicht Verhandlungen und Kompromisse, sondern ein Veto gegen jeden Marsch.

**Ihr seid also nicht für ein Verbot der Orangisten-Märsche?**

Wir sind gegen Paraden von Orangisten oder anderen sektiererischen Organisationen, was bedeutet: wir selbst nehmen daran nicht teil und rufen auch öffentlich zur Nichtteil-

**Was haltet Ihr davon?**

Dies führt zum Kern des Problems, das hinter den ganzen Konflikten um die Märsche liegt: die territoriale Frage. Hinter diesem Vorschlag steckt die Vorstellung, daß man Nordirland in getrennte katholisch/nationalistische und protestantisch/unionistische Gebiete aufteilen könnte. Das ist ein Rezept für religiöse, kulturelle und po-

nen Ordnerdienst haben sollten.

Militant Labour hat lokale Gewerkschaftsgliederungen und Nachbarschaftskomitees aufgefördert, Druck auf beide Seiten auszuüben, damit es zu einer Übereinkunft kommt. Wir haben hinzugefügt, daß im Falle eines Angriffs auf Arbeiterviertel durch die Polizei oder Sektierer die Verteidigung demokratisch durch Straßenkomitees

**In letzter Instanz stellt sich die drastische Alternative: Entweder ein Wiederaufflammen des Bürgerkrieges, der diesmal noch schlimmere Ausmaße als zuvor annehmen würde und in ein zweites Bosnien münden könnte. Oder der Aufbau einer starken Bewegung, um die Arbeiterklasse im Kampf für eine sozialistische Lösung zu vereinen.**

nahme auf. Wir betrachten den Orange Order nicht als eine Art Ku-Klux-Klan oder neofaschistische Organisation, sondern als reaktionäre, sektiererische Organisation. Daher bekämpfen wir die Orangisten politisch, treten aber auch für ihr Recht auf Paraden ein. Alles andere würde die Orangisten nicht schwächen, sondern sogar noch mehr protestantische Arbeiter hinter ihre Fahnen treiben.

Wir treten nach wie vor für das Recht der Anwohner auf Ablehnung von Paraden ein, wo diese nur durch katholische Wohngebiete führen. Aber wenn Paraden auch durch Hauptstraßen und Innenstädte gehen, können wir nicht einfach ein nacktes Veto dagegen akzeptieren.

Wir machen Druck für Verhandlungen, Kompromisse und Übereinkünfte, die auch

litische Kantonisierung, und würde zu einem Desaster ähnlich wie in Bosnien führen.

Da wir entschieden für die Integration beider Bevölkerungsgruppen sind, ist unsere Haltung die, daß allgemein die Zentren von Städten oder Gemeinden offen für Paraden und Demonstrationen von beiden Seiten sein sollten. Auch hierbei kommt es wieder darauf an, daß ggfls. Diskussionen und Übereinkünfte zwischen den Konfliktgruppen notwendig sein können, um Provokationen von einer Seite zu vermeiden.

**Wie kann das praktisch aussehen in einer solch gespannten Lage?**

Zum Beispiel im Hinblick auf den Marsch der Apprentice Boys in Derry, der auch über die Stadtmauern über dem katholischen Bogside-Viertel geht, hat die Labour Koalition vorgeschlagen, ein vernünftiges

organisiert sein soll, und nicht durch paramilitärische Einheiten.

**Wie seht Ihr die weiteren Perspektiven?**

Im Rahmen des Friedensprozesses und der Verhandlungen können kurzfristig hin und wieder zeitweilige Kompromisse erzielt werden. Aber auf kapitalistischer Grundlage, d.h. bei fortgesetzter Ungleichheit, Diskriminierung, Angriffen auf den Lebensstandard, Verarmung, wird es zu keiner dauerhaften Lösung kommen.

Wir brauchen eine Herangehensweise, die von den gemeinsamen Klasseninteressen der Arbeiter ausgeht, um so die Unterstützung für sektiererische Organisationen und Märsche zu untergraben, die von beiden Seiten kommen.

Noch gibt es in der Arbeiterklasse einen tief verwurzelten Widerstand gegen den Gedanken an einen Bürgerkrieg. Doch die Schwächung der Arbeiterbewegung und das Ausmaß der Polarisierung in den letzten Wochen haben Wirkung gezeigt, so daß die Waage sich zur Zeit mehr zur Seite bewaffneter Konfrontation neigt. Nach den Hoffnungen auf den Friedensprozeß ist die Enttäuschung jetzt umso größer.

In letzter Instanz stellt sich die drastische Alternative: Entweder ein Wiederaufflammen des Bürgerkrieges, der diesmal noch schlimmere Ausmaße als zuvor annehmen würde und in ein zweites Bosnien münden könnte. Oder der Aufbau einer starken Bewegung, um die Arbeiterklasse im Kampf für eine sozialistische Lösung zu vereinen. Die von uns mitgegründete Labour Koalition könnte ein Schritt dahin sein.



## Daten zu Nordirland

1,5 Million Einwohner, davon ca. 60% protestantisch, 40% katholisch. Nordirland mit überwiegend protestantischer Bevölkerung wurde 1920 durch den britischen Imperialismus als Provinz Ulster von Irland abgespalten. Die katholischen Minderheit wird seitdem diskriminiert und kämpft für den Wiederanschluß an die Republik (Südirland). In diesem Falle wären dann die Protestanten Nordirlands eine Minderheit in der gesamten Republik.

**Unionisten** - Sammelbezeichnung für die großen protestantischen Parteien, die für den Fortbestand der staatlichen Union mit Britannien eintreten

**Orange Order, Orangisten** - Orden der Oranier, Oberbegriff für protestantische Organisationen, die Ende des 18. Jahrhunderts gegründet wurden im Rahmen der britischen Strategie des „Teile und Herrsche“

**Apprentice Boys** - Teil des Orange Order, die in Derry traditionell am 10. August einen Marsch organisieren, um die Vertreibung des katholischen Königs James II. vom britischen Thron durch den Protestanten Wilhelm von Oranien im Jahre 1688 zu feiern.

**Republikaner** - Sammelbezeichnung für die katholischen Organisationen und Parteien, die für eine nationale Vereinigung mit der Republik Irland eintreten

**IRA** - Irisch republikanische Armee, paramilitärischer Flügel der Republikaner

**Sinn Fein** - politische Partei der IRA

**SDLP** - gemäßigte Nationalisten, größte bürgerliche Partei der Katholiken

**sektiererisch** - der Begriff meint in diesem Zusammenhang Diskriminierung, Spannungen und Feindschaft zwischen Katholiken und Protestanten förderndes Verhalten

**Wir brauchen eine Herangehensweise, die von den gemeinsamen Klasseninteressen der Arbeiter ausgeht, um so die Unterstützung für sektiererische Organisationen und Märsche zu untergraben, die von beiden Seiten kommen.**

vernünftiger Weise behindert wird. Wir respektieren die Rechte beider Seiten, betonen aber, daß es darüberhinaus übergeordnete Rechte der Arbeiterbewegung als Ganzes gibt, sich nicht durch solche Konflikte in einen sektiererischen Bürgerkrieg ziehen zu lassen.

Seit sich die Frage der Märsche 1992 in den Vordergrund schob, war unsere allgemeine Position die, das Recht der Anwohner auf Ablehnung der Paraden zu unterstützen, d.h. nach dem Konsens-Prinzip vorzugehen.

In der heutigen Situation muß diese Haltung modifiziert werden. So, wie das Konsens-Prinzip heute gehandhabt wird, bedeutet

Regelungen über den Ablauf von Paraden beinhalten sollten. Wir treten dafür ein, daß Routen durch sensible Gebiete nicht von Polizeieinheiten kontrolliert, sondern per Übereinkunft durch separate Ordnerdienste sowohl der Anwohner als auch der Marschorganisatoren geregelt werden sollten, die ihre jeweiligen Anhänger zurückhalten.

**Manche Anwohner-Gruppen haben jetzt vorgeschlagen, daß Paraden aus solchen Städten und Dörfern gänzlich ferngehalten werden sollen, deren Bevölkerung überwiegend der jeweils anderen Bevölkerungsgruppe angehören.**

Abkommen zwischen den Vertretern der Bogside Anwohner und den Organisatoren des Marsches herzustellen und sich selbst als Vermittler angeboten. Dies würde zwar leider nicht aufgegriffen, aber es fand zumindest ein Treffen statt, das auch Auswirkungen hatte. Jedenfalls handelte anschließend der Führer der SDLP (siehe Kasten links) als Vermittler zwischen den beiden Gruppen, wohl auch, weil er fürchtete, politischen Boden zu verlieren. Auch das Bogside Anwohnerkomitee griff die Forderung auf, daß es keine Polizeipräsenz geben dürfe und daß die Organisatoren des Marsches einen eige-

Palästina/Israel: Friedensprozess in der Sackgasse II

# Austausch der Unterdrücker

„Es ist eine Sache, vom Feind geschlagen und beraubt zu werden, aber es macht einen niedergeschlagenen, wenn man das von den eigenen ‚Befreier‘ erlebt.“ Diese bittere Erkenntnis eines palästinensischen Häftlings drückt die Gefühle vieler Einwohner des Gaza-Streifens und der Westbank über Arafat, die PLO und die palästinensische „Selbstverwaltung“ aus.

Claus Ludwig, Köln

Was 1992 als weltweit umjubelter „Friedensprozess“ begann, ist in eine Sackgasse geraten. Die Hoffnungen der palästinensischen Bevölkerung auf ein Ende von Unterdrückung und Armut sind der Ernüchterung gewichen, daß man lediglich die Unterdrücker ausgetauscht hat. Als das erste Friedensabkommen von Oslo 1993 beschlossen wurde, gab es Jubelkundgebungen. Bei der Unterzeichnung von Oslo II 1995 herrschte Stille: es gab sogar einen Generalstreik in Hebron, der sich gegen das Abkommen richtete.

Eine „Friedensdividende“, ein wirtschaftlicher Aufschwung durch die Friedensverhandlungen ist ausgeblieben. Die Lage hat sich für die Masse in Gaza und Westbank verschlechtert. Neue Jobs sind nicht entstanden. Der israelische Staat nimmt immer wieder Terroranschläge zum Anlaß, um 2,5 Millionen Menschen mit einer Ausgangssperre zu belegen.



Die Opposition gegen PLO-Führer Arafat wächst

Sämtliche im Osloer Abkommen angekündigten Wirtschaftsprojekte gibt es nur auf dem Papier. Nach dem Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien waren euphorisch Kooperationen beschlossen worden, doch weder die Industrieparks noch Kanalisationsprojekte wurden bisher umgesetzt. Private Investoren halten die Lage für zu unsicher, staatliche Zuschüsse aus EU-Ländern oder den USA sind viel zu gering, um die Projekte zu verwirklichen (Handelsblatt, 16. 8. 96).

## 50 000 Polizisten

Das einzige erfolgreiche Beschäftigungsprogramm von Arafats Verwaltung ist der Aufbau eines riesigen Polizeiapparates. Nach Schätzungen gibt es 50 000 Sicherheitskräfte, das ist 1 Polizist auf 50 Einwohner. Zum Vergleich: im mit Polizisten nicht gerade schwach besetzten Los Angeles gibt es 1 Polizisten auf 2000 Menschen.

In der VORAN Nr. 155 vom Oktober 93 schrieben wir: „Wenn deutlich wird, daß das

Gaza-Jericho-Abkommen keinen Weg vorwärts darstellt, sondern nur die Polizisten ausgetauscht werden, wird es eine stärkere Radikalisierung als vorher geben. Diese wird einen Ausdruck finden: Entweder negativ durch den Fundamentalismus, oder positiv durch den Sozialismus.“

Unsere Warnung, daß der Kern des „Friedensprozesses“ die Übergabe der Unterdrücker-Aufgaben an die PLO war, hat sich leider vollauf bestätigt.

**Während der Intifada war alles klar: man kämpfte gegen eine Besatzungsmacht, mit der zentralen Forderung nach Rückzug der Besatzer. Doch was jetzt? Wer ist der Feind? Wie kann man gegen ihn kämpfen?**

Arafats Polizeikräfte gehen gezielt gegen oppositionelle Kundgebungen vor, sie sind eindeutig eine politische Polizei, arbeiten inzwischen offen mit den israelischen Sicherheitskräften zusammen.

## Hamas

Von der Unzufriedenheit der palästinensischen Massen hat vor allem die islamisch-fundamentalistische Hamas-Bewegung profitiert. Hamas war in den 80ern ursprünglich vom israelischen Staat gefördert worden, um eine religiöses Gegengewicht zur PLO zu schaffen.

Doch mit der zunehmenden Unfähigkeit der PLO, auf die brutale Unterdrückung der Intifada (Aufstand von 1987 bis 1992) durch die israelischen Sicherheitskräfte zu reagieren, wurde Hamas, die einen radikaleren Kurs anbot, zu einem Pol der Opposition. Mit Arafats Entwicklung zum Statthalter von Israels Gnaden verstärkte sich diese Entwicklung.

Hamas hat Massenanhänger, weil angesichts der ausweglosen Situation viele Jugendliche darin das vermeintlich wirksamste Werkzeug zum Kampf gegen die Unterdrückung sehen. Die islamistische Ideologie ist keineswegs so verbreitet wie die politische Unterstützung für Hamas.

Hamas stellt nicht die alleinige Opposition dar. Auch im Lager der PLO wächst der Unmut über Arafat. In der Universität Bir-Zeit gibt es in der Al-Fatah (Arafats Organisation, der Kern der PLO) eine beginnende Spaltung: Bei den Wahlen zum Autonomierat gab es unabhängige Fatah-Kandidaten, bei einer Demonstration in Ramallah, an der Hamas nicht beteiligt war, wurden Rufe laut: „Nieder mit Arafat“.

Auch ist die Hamas keine einheitliche Organisation. Es gibt Risse zwischen der Hamas-Führung im Gaza und auf den Westbanks, zwischen der politischen und militärischen Führung. Während junge Hamas-Aktivisten sich von Arafat verraten fühlen, sind für Hamas-Funktionäre die von der Arafat-Verwaltung angebotenen Jobs und Gelder durchaus attraktiv. Es kann in den nächsten Jahren nicht ausgeschlossen werden, daß sich Hamas spaltet und die radikaleren Teile, ganz unislamistisch, sich mit den oppositionellen Strömungen der PLO zusammenschließen.

## Intifada

Der „Friedensprozess“ ist durch den Zusammenbruch des Ostblocks und den Wegfall der Systemkonkurrenz ausgelöst worden. Doch seine tiefere Ursache lag in der Unfähigkeit des israelischen Staates, die Intifada militärisch niederzuschlagen.

Mit der Intifada hatte das palästinensische Volk eine neue Stufe erreicht: Zwanzig Jahre der Vertreibung, des Opfer-Daseins, des hilflosen Gegenterrors wurden hinweggefegt. Über Jahre

wurde mit disziplinierten Massenaktionen der israelische Staat als Unterdrücker vorgeführt. Im Kampf wurden eine neue Stufe der Selbstorganisation erreicht, im Untergrund wurden Bildungs- und Gesundheitswesen neu organisiert.

Die finanziellen und politischen Kosten wurden für Israel zu hoch, letztendlich sah es sich gezwungen, Zugeständnisse zu machen. Durch eine fremde Besatzungsmacht konnten die Palästinenser nicht mehr beherrscht werden. Doch weder Israel noch die westlichen imperialistischen Ländern oder die arabischen Nachbarn wollen und können die demokratischen und sozialen Forderungen der Palästinenser erfüllen. Um diese ruhigzuhalten, mußten palästinensische Kräfte einbezogen werden: die wundersame Verwandlung des Yassir Arafat vom „Terroristen“ zum „Staatsmann“ begann.

Während der Intifada war alles klar: man kämpfte gegen eine Besatzungsmacht, mit der zentralen Forderung nach Rückzug der Besatzer. Am Ende sollte der eigene Staat Palästina stehen. Doch was jetzt? Wer ist der Feind? Wie kann man gegen ihn kämpfen?

In Gaza und Westbank sind tiefe Gräben entstanden. Die kleine Clique von Autonomie-Gewinnlern ist verhaßt. Doch gerade für Nicht-Islamisten stellt sich die Frage, wie sie kämpfen sollen.

Wegen dieser Spaltung und Verwirrung hat der palästinensische Kampf Rückschritte gemacht. Statt den politischen erfolgreichen Demonstrationen der Intifada setzen Teile der palästinensischen Jugend auf Selbstmordanschläge in Israels Städten. Doch sie weisen den Weg in einen nationalistisch-rassistischen Bürgerkrieg, an dessen Ende nicht die Befreiung Palästinas steht.

## Israel

Der Wahlsieger Netanjahu vom rechten Likud-Block verkompliziert die Lage weiter.

Der Mord an Rabin hat das israelische Sicherheitsgefühl schwer erschüttert. In einer Ge-



Palästinenser-Demonstration gegen die Abriegelung besetzter Gebiete

sellschaft, die stark von einer Wagenburg-Mentalität durchdrungen ist, ist ein Mord im Innern umso erschreckender. Auch die Bus-Anschläge waren ein destabilisierender Faktor. Beides hat zum Wahlsieg des Likud-Blocks beigetragen. Der Wahlsieg Netanjahus ist zwar auch, aber nicht nur Ausdruck eines Rechtsrucks. Die absoluten Stimmen waren auf beide Lager etwa gleich verteilt. Nur schaffte es Likud diesmal, eine rechte Koalitionsregierung zustandzubringen, was nach den vorigen Wahlen nicht gelang.

Die russischen Immigranten, die beim letzten Mal noch Perez gewählt hatten, stellten jetzt eine eigene Partei auf, die mit Likud zusammenging. Die Bombenangriffe im Libanon, die Perez im Wahlkampf anordnete, um Stimmen der jüdischen Bevölkerung zu erhalten, gingen nach hinten los: Die Stimmen der palästinensischen Israelis, deren er sich sicher wähnte, gingen diesmal zum großen Teil an arabische Parteien sowie an ein Wahlbündnis der kommunistischen Partei.

Herrschende Kreise in Israel



Wahlsieger Netanjahu verschärft die Lage

und den USA sehen die Regierung Netanjahu mit gemischten Gefühlen. Die israelische Siedlungspolitik in der Westbank und auf den Golan-Höhen wird wieder verstärkt. Unter Rücksicht auf ultrarechte Koalitionspartner kann auch der vereinbarte Rückzug aus Hebron fraglich werden.

Dennoch wird die Likud-Regierung letztlich wohl zur Fortsetzung der Verhandlungen gezwungen werden. Vor allem nach den US-Präsidentenwahlen wird sich auch von dort aus der Druck wieder verstär-

ken. Möglich ist auch Druck in Richtung auf eine große Koalition der nationalen Einheit.

## Spaltungen

Der Knackpunkt für den palästinensischen Kampf um Selbstbestimmung ist es, den israelischen Staat entscheidend zu schwächen. Dies kann nicht militärisch, sondern nur politisch gelingen. Israel baut mit Hilfe der zionistischen Ideologie auf die Angst der Juden, wieder Opfer zu werden und schafft es so, die Unterstützung der Mehrheit zu bekommen.

Doch stärker als in den vergangenen Jahrzehnten ist die

Privilegien zusicherte. Allerdings gab es Streiks im öffentlichen Sektor, Kämpfe werden in den nächsten Jahren zunehmen.

## Sozialistische Strategie

Die erste Intifada war dabei erfolgreich, das Selbstbewußtsein der palästinensischen Massen zu steigern und die Besetzung für Israel politisch untragbar zu machen. Es war jedoch nicht gelungen, eine Brücke zur jüdischen Arbeiterklasse zu bauen. Dazu bedarf es einer bewußten Strategie, die gemeinsamen Interessen von arabischen und jüdischen ArbeiterInnen - Frieden, Arbeit, Wohnungen, höherer Lebens-

**Es führt kein Weg daran vorbei, daß palästinensische Revolutionäre an der Klassenspaltung in der israelischen Gesellschaft ansetzen und wo immer es geht, gemeinsame Kämpfe anstoßen.**

israelische Gesellschaft entlang vieler Linien gespalten. Der Mord an Rabin hat dies deutlich gemacht. Teile der jüdischen Bevölkerung sind zu nationalem Bürgerkrieg und erneuter „ethnischer Säuberung“ bereit. Andere wollen angesichts des rechten Wahlsieges auswandern. Die Krawalle, die fanatische Orthodoxe anzetteln, um den Autoverkehr am „heiligen Sabbat“ zu verhindern, zeigten den tiefen Graben, der zwischen den Orthodoxen und dem modern, westlich eingestellten Teil der Bevölkerung verläuft. Frisch eingewanderte Gruppen von Juden wie die Äthiopier sind nach wie vor einer Diskriminierung ausgesetzt.

Nicht zuletzt läuft durch Israel die Klassenspaltung. Eine Million israelischer Juden leben unterhalb der Armutsgrenze. Die Likud-Regierung hat weitgehende Vorhaben, Löhne und Arbeitsbedingungen, vor allem im öffentlichen Dienst, zu verschlechtern. Ein Privatisierungsprogramm gefährdete die Jobs nicht nur der einfachen Arbeiter, sondern auch der Gewerkschaftsbürokraten des Histadrut. Daraufhin drohten diese mit Generalstreik, der allerdings abgeblasen wurde, als Netanjahu den Bürokraten ihre

standard - in den Vordergrund zu stellen.

Daß es Frieden nur durch die volle demokratische Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes geben kann, daß ein Bestandteil davon die Rückkehr für 2 Millionen Flüchtlinge nach Palästina sein muß - diese Wahrheit ist für die jüdische Arbeiterklasse nicht leicht zu akzeptieren. Auch in den nächsten Jahren wird es für viele als einfacherer Ausweg erscheinen, die militärische Ideologie des Zionismus, das Niederhalten der Palästinenser, zu akzeptieren.

Aber es führt kein Weg daran vorbei, daß palästinensische Revolutionäre an der Klassenspaltung in der israelischen Gesellschaft ansetzen und wo immer es geht, gemeinsame Kämpfe anstoßen. Nur mit der Perspektive einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens, eines freiwilligen, demokratischen Zusammenschlusses der Staaten der Region, wird es den palästinensischen Revolutionären möglich sein, die jüdische Arbeiterklasse überhaupt anzusprechen.

Viele sehen diese Perspektive als „utopisch“ an. Doch die letzten Jahre haben gezeigt, daß stattdessen Abkommen auf kapitalistischer Grundlage unrealistisch sind und die Probleme bestenfalls aufschieben.

# VORAN

Solidaritätspreis 3,- DM

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 183 September 1996

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

## Inhalt

Chaostage .....	S. 2
ötv .....	S. 4
Schule und Hochschule ..	S. 7
Trainspotting .....	S. 7



# Ausbildungsnotstand: Unternehmer sollen zahlen!

Seit mehreren Jahren erleben wir jeden Spätsommer das gleiche Spielchen: zehntausende Jugendliche haben noch keinen Ausbildungsplatz. Regierung und Arbeitsämter starten herzerreißende Appelle an die Unternehmer, in letzter Minute noch weitere Lehrstellen anzubieten. Wer doch leer ausgeht, wird auf Bundeswehr bzw. Zivildienst, Studium oder die öffentlich finanzierten Notprogramme verwiesen. Wann hört dieser Schwachsinn endlich auf?

Jugendliche haben einen Anspruch auf eine qualifizierte Ausbildung. Wenn dies mit dem jetzigen Ausbildungssystem nicht möglich ist, dann gehören radikale Veränderungen auf die Tagesordnung.

Ganz unbeeindruckt von den Appellen an ihr soziales Gewissen nutzen die Unternehmer im Gegenteil die Gunst der Stunde, ihren Generalangriff auf Löhne und Standards auch auf den Bereich der Ausbildung auszudehnen. In ihrem 16-Punkte Programm zur „Überwindung von Ausbildungshemmnissen“ verlangt der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) und der Zentralverband des deutschen Handwerks (ZdH) unter anderem die Absenkung der Ausbildungsvergütungen um ein Drittel, die Einschränkung und Flexibilisierung des Berufsschulunterrichts bei Ausdehnung der Zeiten im Betrieb sowie die Reduzierung des Urlaubs.

Besonders gegen eine Ausbildungsabgabe laufen Unternehmer und Politiker Sturm, neuerdings mit Hinweis auf die nicht funktionierende Schwerbehinderten-Abgabe. Diese muß von Betrieben bezahlt werden, die

## Daten zur Ausbildungslage

- Nur noch ein Drittel der Betriebe in Deutschland bildet überhaupt aus. Davon sind 90% Klein- und Mittelbetriebe bis 50 Beschäftigte.
- 1994 wurden 30% der Lehrlinge im Osten nach Abschluß der Ausbildung arbeitslos, im Westen 19%.
- Die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen unter 25 Jahren liegt im Osten bei 13%, im Westen bei 9,4%.
- 18.000 DM kostet ein Azubi jährlich, unter Einbeziehung des Nutzens, laut Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Anfang August standen laut Bundesanstalt für Arbeit 182.000 Suchenden 93.000 offene Lehrstellen gegenüber.
- Die durchschnittlichen Ausbildungsvergütungen liegen laut DIHT im Westen zwischen 996 Mark (1. Lehrjahr) und 1357 Mark (4. Lehrjahr), im Osten zwischen 843 Mark und 1251 Mark.

keine ausreichende Quote an Schwerbehinderten einstellen. Sie wird in der Tat dazu verwendet, sich aus dieser Verpflichtung freizukaufen, denn es ist ein lächerlich geringer Betrag.

Der Hinweis auf die gescheiterte Handhabung dieser Abgabe ist aber kein Argument. Eine Umlage-Finanzierung für die Ausbildung müßte vom tatsächlichen Finanzbedarf ausgehen, der für die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl Lehrstellen in den einzelnen Branchen notwendig ist. Jeder Betrieb kann dann entsprechend seiner Größe, z.B. gemessen am Umsatz, zur anteiligen Finanzierung des Gesamtbedarfs herangezogen werden.

Ein solcher Finanzierungstopf, der von den Gewerkschaften demokratisch kontrolliert werden muß, ist auch besser als die verschiedentlich geforderte Ausbildungsquote von 8% für jeden

Betrieb. In Zeiten, in denen Gesamtbelegschaften abgebaut werden, schrumpft dann anteilig auch die Zahl der Lehrstellen, so daß wieder keine bedarfsgerechte Versorgung dabei herauskommt.

Eine überbetriebliche Umlage-Finanzierung sollte auch mit einer überbetrieblichen Ausbildung verbunden werden. Wo 90% der Ausbildungsbetriebe Kleinbetriebe sind, bleibt eine umfassende und qualifizierte Ausbildung häufig auf der Strecke. Vielfach werden Lehrlinge immer noch als billige Arbeitskräfte genutzt und anschließend gefeuert. Die Ausbildung ist häufig eng auf die Bedürfnisse des Ausbildungsbetriebes abgestellt.

Im Interesse der Jugendlichen sollte daher die Ausbildung rausgenommen werden aus der Hand der Unternehmer und einzelnen Betriebe. Sie erweisen sich quantitativ und qualitativ

als unfähig, jedem/r eine angemessene Ausbildung zu garantieren. Dabei geht es nicht um Beschäftigungstherapien oder Warteschleifen wie Berufsvorbereitungsjahre.

Vielmehr sollten die Lehrwerkstätten der Großbetriebe unter öffentliche Kontrolle gestellt, neue überbetriebliche Ausbildungszentren gebaut bzw. eingerichtet werden, in denen eine breit gefächerte Ausbildung angeboten wird, verbunden mit betrieblichen Praktika. Solche überbetrieblichen Ausbildungszentren, besonders die Ausbildungspläne und -verläufe sollten demokratisch von Gewerkschaften, Azubis und öffentlicher Hand kontrolliert werden.

## Ostdeutschland

In Ostdeutschland werden schon heute 65% aller Lehrstellen staatlich finanziert, ein großer Teil davon nicht in Betrieben, sondern in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten.

Diese außerbetrieblichen Ausbildungszentren im Osten „sind besser als ihr Ruf, das zeigten auch die Prüfungsergebnisse. Die Ausbildung sei umfangreicher, die Lehrwerkstätten hochmodern ausgestattet mit Maschinen, die sich viele Betriebe gar nicht leisten können. Die angehende Bürokauffrau Martina Fahrin lobt zudem die gute Lernsituation 'Hier ist immer ein Ausbilder ansprechbar, wenn wir Fragen haben.' Und Kaffee kochen für irgendeinen Chef mußte sie auch noch nicht.“ berichtet die Frankfurter Rundschau (22.2.96) über außerbetriebliche Ausbildungsstätten in Mecklenburg-Vorpommern.

Kritik gibt es hauptsächlich deswegen, weil der Staat diese finanziert und die Unternehmer sich drücken. Das wäre bei einer Abgabe der Betriebe nicht mehr möglich. Einer Isolation der Ausbildung vom betrieblichen Alltag wird durch betriebliche Praktika entgegengewirkt.

Kritik gibt es auch aus ideologischen Gründen: das duale System der Berufsausbildung (betriebliche Lehrstelle und Berufsschule) werde damit ausgehebelt, beklagen vor allem die Unternehmer und Handwerkskammer, aber leider auch die DGB-Führung.

„Machen wir uns nichts vor, die außerbetrieblichen Lehrlinge lernen unter einem geschützten Dach, es gibt geregelte Arbeitszeiten und kaum Druck.“ bemängelt z.B. der Sprecher der Schweriner Handwerkskammer. Ja, Lehrjahre sind keine Herrenjahre, und so ein bißchen Druck hat noch keinem geschadet. Es ist das Disziplinieren



- Ein qualifizierter Ausbildungsplatz für jede/n
- Verteidigung der Ausbildungsvergütungen; Anhebung auf mindestens 1500 DM netto
- Garantierte und unbefristete Übernahme in den erlernten Beruf
- Umlage-Finanzierung aller Betriebe für eine bedarfsgerechte Zahl von Ausbildungsplätzen
- Qualifizierte und breitgefächerte Ausbildung in überbetrieblichen Ausbildungszentren und Lehrwerkstätten
- Demokratische Kontrolle der Ausbildung, der Berufsbilder und der Lehrpläne durch Gewerkschaften, Azubis und öffentliche Hand
- Gemeinsamer Kampf aller DGB-Gewerkschaften gegen den Ausbildungsnotstand mit allen notwendigen Mitteln, bis hin zu Streiks

und Gefügig-machen-wollen, und nicht zuletzt das Interesse an billigen Arbeitskräften, warum von interessierter Seite immer wieder das duale System beschworen wird, mit möglichst hohem betrieblichem Anteil und möglichst wenig Berufsschule. Das duale System gehört abgeschafft und ersetzt durch eine umfassende Reform der Berufsausbildung im Interesse der Jugendlichen.

## Veranstaltungshinweis:

Am 21. September findet in Frankfurt am Main ab 12 Uhr ein bundesweites Jugendfestival unter dem Motto „Deine Einstellung zählt - Aufsteh'n für Ausbildung und Arbeit“ statt, durchgeführt von der Gewerkschaftsjugend und anderen Jugendorganisationen. Beim Abend-Konzert (Eintritt 25 DM) treten Gruppen von Fury in the Slaughterhouse über die Bates bis zu den Prinzen auf. Nähere Infos und Mitfahrgelegenheiten bei der örtlichen IG Metall Jugend.

## Sechzig Bewerbungen

Mit Juliane, 16 Jahre, Industriekauffrau im 1. Lehrjahr sprach Doreen von der SAV Rostock.

Wieviele Bewerbungen hast Du geschrieben?

So ungefähr 60. Daraus ergaben sich drei Vorstellungsgespräche und fünf Einstellungstests.

Wie fühlt man sich eigentlich bei so vielen Bewerbungsschreiben?

Beim Schreiben der Bewerbungen bist Du mutig, legst all Deine Hoffnungen rein, gerade

bei einem tollen Job. Besonders groß ist die Hoffnung, wenn Du zu einem Vorstellungsgespräch oder Eignungstest eingeladen wirst. Bei Absagen geht's Dir dann ziemlich bescheuert. Bei den ersten fünf geht das noch, aber danach ist das wirklich ein total bescheuerter Gefühl. Du kannst wirklich alles machen, und wirst trotzdem nicht genommen.

Wie bist Du an Deine jetzige Lehrstelle gekommen?

Durch eine Bekannte. Das einzige was heute noch zählt, sind doch Beziehungen.

Ist das Dein Traumberuf oder nur eine Ausweichmöglichkeit?

Ich wäre ja gern Reisebegleiterin geworden. Aber die wollten mich ja nicht.

Gefällt Dir der Job trotzdem?

Doch eigentlich schon, besonders das Geld gefällt mir.

Wie bist Du an Deine jetzige Lehrstelle gekommen?

Durch eine Bekannte. Das einzige was heute noch zählt, sind doch Beziehungen.

Ist das Dein Traumberuf oder nur eine Ausweichmöglichkeit?

Ich wäre ja gern Reisebegleiterin geworden. Aber die wollten mich ja nicht.

Gefällt Dir der Job trotzdem?

Doch eigentlich schon, besonders das Geld gefällt mir.

